

Breslauer Zeitung.

Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Kassens. 60 Pf.,
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Expeditionsgeld für den Raum einer
Zeilen Zeile 80 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Preußen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 280. Morgen-Ausgabe.

Achtundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 23. April 1887.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für die Monate Mai und Juni ergebenst ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 4 M., bei Zustellung ins Haus 4 M. 75 Pf., auswärts incl. des Portoschlages 5 M., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement in Breslau (incl. Abtrag ins Haus) auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe 60 Pf. Reichw., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf., auf die kleine Ausgabe 30 Pf.

In den k. k. österreichischen Staaten, sowie in Rußland, Polen und Italien nehmen die betreffenden Post-Anstalten Bestellungen auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Das Ende des Culturkampfes.

Durch die Annahme der kirchenpolitischen Vorlage im preussischen Abgeordnetenhaus wird einwillen der Culturkampf ein Ende haben. Besondere Befriedigung erregt der Friedensschluß auf keiner Seite. Die große Masse der protestantischen Bevölkerung fühlt sich durch die Zugeständnisse an die Curie in hohem Grade beunruhigt, und es ist bezeichnend, daß auf der einen Seite eine Partei, welche der Regierung so nahe steht und so gern Liebesdienste leistet, wie die national-liberale, sich genötigt sieht, diesem neuesten Schachzuge des leitenden Staatsmannes zweifelnd gegenüberzutreten, und daß auf der anderen Seite die protestantische Orthodoxie a la Stöcker, welche nichts inniger haßt, als den Nationalismus und jede Schwächung der kirchlichen Autorität, jede Bevormundung der Geistlichkeit durch die Regierung, ebenfalls gegen den Friedensschluß Front macht. Auf der rechten, wie auf der linken ist Niemand von Herzen über die Vorlage erfreut — am wenigsten aber das Centrum, welches nur zähneknirschend dem Befehle des Oberhauptes der Kirche nachgibt und ein Gesetz annimmt, welches von der ganzen ultramontanen Presse einmütig als die schwerste Niederlage bezeichnet wird, welche der katholische Clerus erleiden könne.

Schon diese Thatsachen ergeben unzweifelhaft, daß das Gesetz sich nicht durch weiserhafte Klarheit auszeichnet, sondern seinen Inhalt erst durch die Ausführung erhält. Was von der einen Seite als ein Sieg des Staates, als eine Machterweiterung der Regierung aufgefaßt wird, erscheint auf der anderen Seite als ein Triumph der Kirche. Man kann Politiker auf derselben Bank, in derselben Partei antreffen, welche dem Einspruchsrecht gegen die Ernennung von Pfarrern die höchste und — welche demselben nicht die geringste Bedeutung beimessen. Und die einen wie die Andern können Recht behalten. Es kommt eben nur auf die Ausführung des Gesetzes an. Ein Papst, der mit der preussischen Regierung auf Kriegsfuß steht, ist durch das Einspruchsrecht schlechterdings nicht beeinträchtigt. Denn das Gesetz beseitigt erstens das Einspruchsrecht für alle anderen geistlichen Aemter als die Pfarrstellen. Es heißt dort ausdrücklich: „Das Einspruchsrecht gilt fortan nur für die dauernde Uebertragung eines Pfarramtes.“ Sodann aber bestimmt Artikel 2, § 3 des Gesetzes: „Ein staatlicher Zwang zur dauernden Besetzung der Pfarrämter findet fortan nicht statt.“ Wenn es der Curie darauf ankommt, die Anzeigepflicht zu umgehen, so braucht sie mithin nur die Pfarrämter statt mit dauernden Pfarrern mit provisorischen Pfarrverwesern zu besetzen, dieselben aber ihrerseits die dauernde Pfarre zu behandeln. Daß der Papst durch die Bischöfe gegebenen Falls von dieser Befugnis Gebrauch machen wird, unterliegt keinem Zweifel. Es ist daher sehr wohl möglich, das ganze Zugeständnis der Anzeigepflicht vom staatlichen Standpunkte als eine leere Scheinconcession zu betrachten.

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß das Einspruchsrecht eine große Tragweite hat, so lange ein friedlicher Papst die dreifache Krone trägt und mit der preussischen Regierung in gutem Einvernehmen steht. Freilich hat die Curie bisher nicht anerkannt, daß das staatliche Einspruchsrecht in jedem Falle von der Kirchenbehörde beachtet werden müsse. Diese wichtige Frage ist noch unentschieden geblieben. Nach Erlass des Gesetzes vom 21. Mai 1886 hat der Papst die Bischöfe angewiesen, die Candidaten für die Pfarrämter vor der Einsetzung in dieselben mit Bezeichnung der betreffenden Pfarrstelle zu benennen und bei erhobenem Widerspruch nach Rom zu berichten. Auch ist in den Fällen, wo die Staatsregierung Widerspruch erhoben, dieser Widerspruch berücksichtigt und die Stelle nicht durch den betreffenden Candidaten besetzt worden. Allein ein principieller Zugeständnis, daß diese Praxis durch das Einspruchsrecht geboten sei, ist nicht erfolgt. Vielmehr sind über diese wichtige Ausführungs-Bestimmung, von welcher die Bedeutung der Novelle, so weit sie die Rechte des Staates erweitert, erst abhängt, weitere Verhandlungen zwischen der Curie und der preussischen Regierung vorbehalten. Die clericale Presse erklärt, es weniger die Bischöfe sich um das Einspruchsrecht kümmern, um so besser für die Kirche. Indessen es unterliegt keinem Zweifel, daß in demselben Augenblicke, in welchem der staatliche Einspruch nicht geachtet würde, der ganze Culturkampf aufs Neue entbrennen müßte. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, bei dem innigen Einvernehmen zwischen dem Papste und dem Fürsten Bismarck, ist das Einspruchsrecht unzulänglich ein Mittel, den niederen Clerus der Regierung dienstwillig zu machen. Der Papst wird schwerlich von seiner Befugnis Gebrauch machen, die vom Staate abgelehnten Candidaten statt dauernd nur provisorisch anzustellen. Für die nächsten Jahre scheint daher dem Fürsten Bismarck auch das unvollkommene und eingeschränkte Einspruchsrecht genügend, da es ihm mit Hilfe des Papstes die Macht giebt, seine Hand auf den niederen Clerus zu legen und denselben für jede politische Opposition durch die Verhinderung einer Beförderung in der Hierarchie zu strafen.

Der Herr Reichskanzler hat nun erklärtermaßen das eine Ziel im Auge, die Centrapartei zu vernichten. Er ist der Meinung, daß ihm dieser Plan unter allen Umständen bei Lebzeiten des gegenwärtigen Papstes und im Laufe der nächsten drei Jahre gelingen werde. Das Einspruchsrecht soll ihm die Waffe sein, in dieser kurzen Frist den niederen Clerus, welcher mit der Wählerschaft in nächster Berührung lebt, so weit gefügig zu machen, daß derselbe die Can-

daten der Opposition nicht nur nicht unterstützt, sondern bekämpft. Das ist der Preis des Friedens, welcher heute geschlossen wird. Wird dieses Ziel nicht erreicht, so hat die heutige Nachgiebigkeit der Regierung keinen Zweck und Fürst Bismarck als Diplomat, als Opportunist wird der erste sein, dieses Gesetz rückgängig zu machen. Für die Dauer werthlos, als organische Einrichtung einwillen ohne Bedeutung, dient das Einspruchsrecht dem Fürsten Bismarck vorübergehend als Waffe gegen die Opposition. Ob die Auflösung des Centrums und die Herstellung von parlamentarischen Zuständen wie sie vor dem Jahre 1871 existierten, erreicht wird, muß die Zukunft lehren. Bis auf Weiteres befriedigt der Friedensschluß auf keiner Seite, weder auf der rechten, noch auf der linken, weder bei den Katholiken noch bei den Protestanten. Der Culturkampf hat ein Ende, aber Niemand verkennet, daß der Friede höchstens ein Waffenstillstand ist. Die Novelle ist lediglich auf Personen zugeschnitten, und erst einer späteren Regierung wird es beschieden sein, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch dauernde und organische Gesetze zu ordnen.

Deutschland.

© Berlin, 21. April. [Die Cabinetfrage.] Fürst Bismarck hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses seinen Freunden eine Ueberraschung bereitet. Er hat die Vertrauensfrage gestellt und erklärt, sich ganz von den preussischen Geschäften zurückziehen zu wollen, wenn er in der kirchenpolitischen Frage von seinen „treuesten Freunden“ verlassen werde. Was den Herrn Ministerpräsidenten bewogen hat, diesen hohen Trumpf auszuspielen, ist im Augenblicke noch nicht erkennbar. Denn gewöhnlich pflegt man die Cabinetfrage nicht zu stellen, wenn nicht die Annahme eines Gesetzes überhaupt zweifelhaft ist. Die Annahme der kirchenpolitischen Novelle aber ist über jeden Zweifel vollkommen erhoben. Das Centrum und die Polen stimmen auf den Wunsch des Papstes für das Gesetz; sie müssen sich „blöthlich unterwerfen“. Ueber die beiden conservativen Fractionen aber, welche zur Mehrheit erforderlich sind, verfügt der Herr Reichskanzler ohnehin nach Gefallen. Auch ohne den Appell an das Vertrauen wäre das Gesetz mithin zu Stande gekommen. Dem Anscheine nach kann daher die Cabinetfrage nur an die national-liberale Partei gerichtet sein. Und doch wird von zuverlässiger Seite versichert, es sei den Nationalliberalen von Seiten des Reichskanzlers vollkommen freigestellt worden, für oder gegen das Gesetz zu stimmen. Für die Richtigkeit dieser Thatsache spricht auch der Umstand, daß sich der Freiherr von Zedlitz, einer der parlamentarischen Geschäftsführer des Fürsten Bismarck, gegen die Vorlage zum Wort gemeldet hat. Es könnte nun der nationalliberalen Partei unter Umständen gehen, wie es einst der conservativen Partei gegangen; sie könnte den Vorwurf ernten, dem leitenden Staatsmann bei seinen wichtigsten Schritten die Unterstützung verweigert zu haben. Stimmen die nationalliberalen Abgeordneten, wie man nach der Rede des Herrn Gneist eigentlich vermuten sollte, gegen die Vorlage, so müßte Fürst Bismarck sein preussisches Portefeuille niederlegen oder aber — er hätte unter ihnen seine „besten Freunde“ nicht verstanden. Ob die nationalliberale Partei in Folge der Cabinetfrage ihren Fraktionsbeschuß umstoßen und für die Vorlage stimmen wird, wird sich bald zeigen. Indessen ist es auch nicht unmöglich, daß der sensationelle Schritt des Fürsten Bismarck gar nicht an die Adresse der nationalliberalen Partei, sondern des Papstes gerichtet ist. Fürst Bismarck hat sich heute wiederholt mit Entschiedenheit als Diplomat und Opportunisten bekannt. Es wäre nicht undenkbar, daß er durch die Stellung der Cabinetfrage, welche er mit dem Engagement seiner Ehre begründete, dem Papste den Beweis liefern wollte, wie ernst es ihm um die Herstellung des Friedens mit Rom zu thun ist. Jeder neue Beweis dieser Gesinnungen kann natürlich den Papst nur zu Gegenständen verpflichten. Unter diesem Gesichtspunkte allein erscheint uns die Cabinetfrage verständlich. Im Uebrigen zweifeln wir keinen Augenblick, daß Fürst Bismarck so gut an der Spitze der preussischen wie der deutschen Geschäfte bleiben wird. Er ist nicht nur Ministerpräsident, sondern auch preussischer Minister des Auswärtigen und Handelsminister, und es ist überhaupt fraglich, ob sich das Amt des preussischen Ministerpräsidenten von dem des deutschen Reichskanzlers trennen läßt. Fürst Bismarck selbst hat einmal diesen Versuch gemacht. An seiner Stelle wurde Graf Roon Ministerpräsident. Aber schon nach kurzer Zeit erwies sich dieser Dualismus als unhaltbar und die Personalunion wurde wieder hergestellt. Wir haben einstweilen keinen Grund, anzunehmen, daß jener verunglückte Versuch heute eine Wiederholung erfahren soll.

* Berlin, 22. April. [Tages-Chronik.] Officiös wird geschrieben: In Sachen der Zuckersteuer wird neuerdings verbreitet, die verbündeten Regierungen hätten es aufgegeben, dem Reichstage noch in dieser Session eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu machen. So viel wir erfahren, wird diese Nachricht durch nichts bestätigt. Im Gegentheile sind alsbald, nachdem die Sachverständigen der Zuckerbranche gehört worden, die Grundzüge für eine Zuckersteuernovelle, und zwar gemäß den bekannten, auch von Herrn von Bennigsen kürzlich im Reichstage befürworteten Combattischen Vorschlägen festgestellt worden. Ueber diese Grundzüge dürfte augenblicklich ein Meinungsaustrausch zwischen den bei der Frage vornehmlich mitinteressierten preussischen Ressorts stattfinden, und man hat nichts darüber gehört, daß sich solche Schwierigkeiten hierbei ergeben hätten, die eine Lösung der Zuckersteuerfrage in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stellen ließen.

Dem Generalvorstande der landeskirchlichen Versammlung, die hier am 25. und 26. April tagen wird, ist, wie die „Post. Ztg.“ hört, vom Präsidenten des Brandenburgischen Consistoriums, D. Hegel, die Mittheilung zugegangen, daß er sich außer Stande sehe, das ihm angetragene Referat für die Versammlung zu übernehmen. Da zur Begründung des Antrages Hammerstein-Kleif-Regow und anderer kirchlichen Fragen je drei Referenten der confessionellen und der positiv-unirten Gruppe ernannt worden waren, so ist an Stelle des Herrn Hegel, der zur confessionellen Partei gehört, vom Generalvorstande der Superintendent Holzhauser ernannt worden. Die Begründung der Mitglieder der landeskirchlichen Versammlung findet am Abend des 24. April im Saale des Evangelischen Vereinshauses statt; für die Verhandlungen selbst wird auf so große Bethelligung gerechnet, daß

dieselben im Saale der Philharmonie stattfinden sollen. Inzwischen verlautet, es sei vielen Mitgliedern der positiv-unirten Gruppe rathsam erschienen, an der landeskirchlichen Versammlung, deren Zusammentritt unter den obwaltenden Umständen als oppositionelle Kundgebung gegen den geistlichen Minister wie gegen den Evangelischen Oberkirchenrath aufgefaßt werden könne, nicht Theil zu nehmen. Das Fernbleiben des Herrn D. Hegel erklärt sich, wie auf der Hand liegt, aus seiner Stellung als hervorragendes Mitglied des Kirchen-Regiments, und seinem Beispiele dürften Andere folgen, die als General-superintendenten, Consistorialräthe und Superintendenten in der General-synode wie in anderen kirchlichen Körperschaften die Ziele des Antrages Hammerstein-Kleif-Regow lebhaft verfolgt hatten.

[Auswanderungswesen.] Dem im Reichstage jetzt eingegangenen „Berichte über die Thätigkeit des Reichscommissars für das Auswanderungswesen während des Jahres 1886“ ist zu entnehmen, daß im letzten Jahre die indirect über einen englischen Zwischenhafen stattfindende deutsche Auswanderer-Beförderung gestiegen ist. Es wurden beispielsweise von Hamburg aus in den Monaten August 342, September 1544, November 1098 und December 86 Personen mehr indirect über England, als direct nach überseeischen Plätzen befördert. Für diese wenig erfreuliche Erscheinung sucht der Bericht den Grund darin, daß die englischen Concurrenzenlinien, um die deutschen directen Linien lahm zu legen, die Ueberfahrtspreise für Zwischenbedspassagiere in bisher nicht dagewesener Weise ermäßigten. So wurden fast während des ganzen Jahres Zwischenbedspassagiere von Hamburg über England nach Newyork, volle Verpflegung eingeschlossen, für 35 Mark befördert. Die englischen Linien konnten diesen niedrigen Preis behaupten, weil sie von jedem englischen Zwischenbedspassagier einen weit höheren Ueberfahrtspreis erhoben. Den durch diese Art von Unterbietung im höchsten Grade geschädigten directen deutschen Linien ist es nach längeren Verhandlungen schließlich gelungen, mit sämtlichen englischen Linien hinsichtlich der Ueberfahrtspreise eine Vereinbarung zu treffen. Die Hamburger Linie Stettin-Newyork hat das bisher stattgehabte Anlaufen des Hafens von Gothenburg aufgegeben und somit den schwedischen Personen- und Güterverkehr an die englischen Linien überlassen. Während im Ganzen die Auswanderung deutscher Reichsangehöriger über die drei deutschen Häfen im verflossenen Jahre im Vergleich mit den Vorjahren wiederum zurückgegangen, ist die Zahl der fremden Auswanderer (hauptsächlich aus Oesterreich-Ungarn, Rußland und den skandinavischen Ländern) in solchem Maße gestiegen, daß die Gesamtsumme der (inländischen und ausländischen) Auswanderer im Jahre 1886 sich etwas höher stellt, als im Vorjahre. Die indirecte Beförderung hat fast die Hälfte des gesammten Hamburger Passagierverkehrs erreicht.

[Gegen einen hiesigen Rechtsanwalt] soll, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben sein, und zwar wegen einer Wählrede, in welcher derselbe als freisinniger Candidat im Wahlkreise Altenburg von dem „Raubes Elfsch-Lothringens“ gesprochen haben sollte.

[Die Frankfurter Theaterfrage.] In Frankfurt a. M. hat der Magistrat nunmehr seinen Bericht in der Theaterfrage der Stadtverordneten-Versammlung zugehen lassen. Die Commission bedauerte es, daß Bollini und Barnay ihre Offerte zurückzogen, und erklärte, vorab mit der Neuen Theater-Aktiengesellschaft weiter verhandeln zu wollen. Für die nächsten 5 Jahre soll die Höhe der Subvention auf 120 000 M. bemessen werden. In Betreff der speciellen Ueberaufsicht über den Betrieb der städtischen Theater, welcher sich nach den bisherigen Erfahrungen als unwirksam ergeben und die städtische Verwaltung mit einer äußeren Verantwortung belastet, welcher sie nach den Contracten der Theater-Verwaltung nicht gerecht werden kann, beantragt der Magistrat die vollständige Aufgabe der im Vertrag vom 28. Februar 1883 zugestandenen Aufsichtrechte.

Potsdam, 19. April. [Preßproceß.] Ein Preßproceß aus ganz eigenthümlicher Veranlassung gelangte am Montag zur Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengerichte. Angeklagt war der Verleger der „Potsdamer Nachrichten“, Herr Gustav Müller, und zwar aus dem Grunde, weil er Anfangs December vorigen Jahres eine Person als Redacteur der Zeitung hatte zeichnen lassen, die thatsächlich gar nicht mehr als solcher fungirte. Der langjährige Redacteur der „Potsdamer Nachrichten“, Wilhelm Nidel, war nämlich im Herbst vorigen Jahres wegen mehrfacher Preßvergehen zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt, hatte es aber vorgezogen, sich Anfangs December der Verbüßung dieser Strafe durch die Flucht nach Wien zu entziehen. Um nun den Abgang des Redactors Nidel nicht auffällig zu machen, füllte sich der Verleger Müller veranlaßt, noch bei drei Nummern der „Potsdamer Nachrichten“ keine Aenderung in der Bezeichnung der Person des redactionellen Leiters des Blattes vorzunehmen, und erst als er letzteren in Sicherheit wußte, gab Herr Müller den Befehl des Blattes die Kunde, daß sich Herr Nidel ins Ausland begeben habe. Hierdurch hat sich nun Müller eines Vergehens gegen das Reichs-Preßgesetz schuldig gemacht. Der Gerichtshof glaubte dieses Vergehen mit Rücksicht darauf, daß es dem Redacteur Nidel dadurch gelungen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, ganz besonders hart abmessen zu müssen. Er erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen. Herr Müller hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt.

Großbritannien.

A. C. London, 20. April. [Im Unterhause] ist die Ruße eingeleitet, welche einem Sturme zu folgen pflegt. Bänke und Galerien waren nur spärlich besetzt. Nach Erledigung der Anfragen, die von keinem allgemeinen Interesse waren, richtete mit der Erlaubnis des Sprechers Gordon an den Abgeordneten von Süd-Tyrene, L. W. Russell, einen liberaler Unionisten die Anfrage, ob die Zeitungsnachricht wahr sei, daß der von der „Times“ veröffentlichte angebliche Brief Barnells anlässlich in seinem Besitz war und von ihm direct in den Besitz des Redactors der „Times“ überging. Russell erwiderte, daß an der erwähnten Zeitungsnachricht kein wahres Wort sei. Zunächst lenkte Jev (liberal) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die jüngsten, mit furchtbarem Verlust an Menschenleben verknüpften Schiffsunfälle im Bristol Canal, sowie auf den sich beständig wiederholenden Verlust von Menschenleben und Eigenthum an den britischen Küsten, und beantragte, daß die Regierung sofort Schritte thun solle, um diese Verluste durch Herstellung geeigneter Zufluchtsstätten zu vermindern. Der Antrag stieß auf vielseitige Opposition und wurde auch Namens der Regierung von dem Secretär des Handelsamtes, Worms, bekämpft. Letzterer erklärte, daß die Regierung selber Zufluchtsstätten nicht anlegen könnte, da dies eine Ausgabe von vielen Mill. Pf. St. aus dem Staatsäckel verurachen würde. Sie könnte nur den Gemissarten, welche Darlehen für öffentliche Bauten bewilligen, empfehlen, Fischereiamttern und anderen Localbehörden Vorschläge für die Herstellung von Zufluchtsstätten, wo dieselben unumgänglich nothwendig seien, zu gewähren. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte der Secretär des Schatzamtes, Jackson, die Regierung hätte beschloffen, den Zinsfuß solcher Vorschläge auf 3 1/2 p. Ct. p. a. zu beschränken und die Rückzahlungsfrist auf 50 Jahre auszuweihen in Fällen, wo doppelte Sicherheit für das Capital vorhanden sei. Schließlich wurde Jev's Antrag mit 86 gegen 81 Stimmen verworfen. Nach Erörterung mehrerer anderer Anträge von nur localem Interesse mußte die Sitzung gegen 11 Uhr aufgehoben werden, da nicht die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern (40) beisammen war.

Belgien.

a. Brüssel, 20. April. [Ein politischer Scandal. — Der Abgeordnete Antoine.] In den großen Färbereifabriken der Stadt Renair hatten die Fabrikbesitzer zu Unrecht ein Patent ausgenutzt; auf Antrag des Patentinhabers schritt das Gericht ein. In Folge dessen erkannten die Werksbesitzer einen Anschlag gegen denselben;

die Arbeiter mischten sich ein, es entstanden Unruhen, Straßenkämpfe, so daß schließlich die Truppen mit Waffengewalt die Ordnung herstellen mußten. Die Folge war natürlich eine gerichtliche Untersuchung, die schlimme Thatsachen zu Tage förderte und viele Personen vor die Gerichte führte. Auch der Bürgermeister Malander, der gleichzeitig Notar und Friedensrichter war, daneben ein Führer der Clericalen ist, gehörte dazu; er sollte diese Unruhen angezettelt haben. Das erwies sich als wahr und das Schwurgericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis; Malander legte zwar die Berufung ein, wurde aber abgewiesen. Darob erhobten die Clericalen gewaltigen Lärm; sie erklärten, er sei mit Unrecht verurteilt und forderten die Begnadigung desselben. Der Justizminister, der dem Einflusse Malander's sein Deputirten-Mandat verdankt, ging darauf ein und wandelte die Strafe in 1000 Francs Geldstrafe um; die Notariatskammer setzte ihn aber ab, ebenso mußte er als Bürgermeister und Friedensrichter abtreten. Damit waren die Heißsporne der Clericalen nicht zufrieden, Malander sollte glänzend zu Ehren kommen. Im Wahlkreise des Justizministers ward ein Deputirtenmandat freigemacht, er sollte Deputirter werden! Das war selbst dem Ministerium zu stark, auch die Besonnenen der Partei waren dagegen, aber die Heißsporne setzten wieder einmal und so beschloßen die Clericalen in Audenarde gestern einstimmig — die alleinige Wahl Malander's, — ein Beschluß, der in den weitesten Kreisen Unmuth erregt. — Gestern Abend traf der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesene deutsche Reichstagsabgeordnete Antoine hier ein und stieg im Grand Hotel ab. Herr Antoine will ständig in Brüssel bleiben und nur dann den deutschen Reichstag besuchen, wenn für Elsaß-Lothringen wichtige Fragen zur Verhandlung kommen. Er wünscht, daß die Brüsseler Presse sich mit ihm so wenig als möglich beschäftigt, „damit keinerlei Vorwand gegeben wird, seine Freunde oder Wähler in Metz zu maßregeln“. Er will in Brüssel bleiben, da dasselbe das größte intellectuelle Centrum französischer Sprache außerhalb der Grenzen Frankreichs sei. Im Uebrigen legt selbstredend die Regierung seinem Aufenthalte keinerlei Hinderniß in den Weg unter der Voraussetzung, daß Herr Antoine sich jeglicher Agitation enthält und zu keinen Reclamationen den Anlaß bietet. Derselbe weist alle Reporter und politische Besucher rundweg ab.

Spanien.

[Marschall Bazaine] wird voraussichtlich in vierzehn Tagen geheilt sein. Die Wunde ist nicht schwer und der Dolch war nicht vergiftet. Die Wunde befindet sich etwas oberhalb der Stirn. Bazaine saß in einem Sessel dem Fremden gegenüber, als ihn letzterer in die Brust zu stoßen versuchte. Durch eine unwillkürliche Bewegung beugte Bazaine den Kopf vor und erhielt die Wunde am Kopf. Man neigt immer mehr zu dem Glauben, daß der Thäter ein Wahnwitzer sei. Der Madrider „Liberal“ giebt einige Einzelheiten über die vom Mörder gemachten Aussagen. Hillaud habe 1884 Paul Déroulède seine Absicht, Bazaine zu ermorden, um Metz zu rächen, mitgeteilt, und Déroulède habe versucht, ihm sein Vorhaben, den Nachrichten zu spielen, auszureißen. Trotzdem ging Hillaud bereits früher einmal nach Spanien, um seinen Plan auszuführen; da er aber Bazaine's Wohnung nicht auffindig machen konnte und ihm das Geld ausging, so reiste er wieder ab. — Ein Junge des Thäters, der Handelsreisende und ehemalige Soldat der Armee von Metz, Alfred Volte, hat bereits ein Begnadigungsgesuch zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt. Dasselbe lautet: „Die Unterzeichneten, welche bedauern, daß der Ex-Marschall Bazaine nicht die Strafe erlitt, zu welcher ihn das spanische Kriegsgericht verurtheilte, hoffen, daß die spanischen Richter dem Beweggründe Rechnung tragen werden, welcher den Arm Hillaud's bewaffnet hat.“ Die französische Presse beweist diesmal mehr Tact, als man ihr sonst, wenn der Chauvinismus ins Spiel kommt, zutrauen darf. Kein Blatt billigt die That Hillaud's, selbst der „Zentral“ nicht.

Schweden.

Christiania, 15. April. [Die schwedisch-norwegische Zollunion.] Eine der schwebenden Streitfragen zwischen Schweden und Norwegen wird nunmehr einen allseitig befriedigenden Abschluß finden. In industriellen Kreisen Schwedens beschwerte man sich seit Jahren über gewisse, der schwedischen Industrie aus einzelnen zweideutigen Bestimmungen des schwedisch-norwegischen Zollvereinsvertrages von 1874 erwachsende Unzuträglichkeiten und Schädigungen. Zur Be-

seitigung derselben fanden zwischen den beiderseitigen Cabineten Verhandlungen statt, welche jedoch zu keinem Ende führten. Dieses Umstandes bemächtigten sich im vorigen Jahre die schwedischen Schutzjöllner, um der schwedisch-norwegischen Zollvereinigung überhaupt ein Ende zu machen. Im Reichstage wurde beantragt, den Vertrag von 1874 zu kündigen, angeblich um solcherweise die Revisionsverhandlungen mit Norwegen zu fördern, in Wirklichkeit aber aus keinem anderen Grunde, als die Verhandlungen durch einen derartigen herausfordernden Schritt vollständig zum Scheitern zu bringen und alsdann den Vertrag aufzuheben, der ganz besonders den beantragten Getreidezöllen im Wege stand. Der schwedische Reichstag lehnte indessen den Kündigungsantrag ab, wogegen ein anderer Antrag Annahme fand, dahingehend, die Vertrags-Revisionsverhandlungen mit Norwegen baldmöglichst wieder aufzunehmen und dem nächsten Reichstage über das Ergebnis derselben Mitteilung zu machen. Die auf Grund dieses Beschlusses stattgefundenen Verhandlungen waren von bestem Erfolge gekrönt; es wurden zwischen beiden Cabineten Vertrags-Änderungen vereinbart, die den schwedischen Forderungen im vollsten Umfange entsprachen, und eine bezüglich Vorlage wurde sowohl dem schwedischen Reichstage wie auch unserm Storting bald nach dem diesjährigen Zusammentritt der beiden parlamentarischen Körperschaften unterbreitet. Diesseits ist die Vorlage nun ohne irgend welchen Widerspruch angenommen worden. Man weiß hier die wirtschaftlichen Vortheile, welche unserm Lande aus der seit 1874 bestehenden engeren Zollverbindung erwachsen, vollaus zu schätzen, wie denn auch nicht zu leugnen ist, daß die Verbindung Norwegen wesentlich größere Vortheile gewährt hat, als Schweden. In Schweden ist die parlamentarische Erledigung der Revisionsvorlage durch die Anfang März erfolgte Auflösung der Zweiten Kammer verzögert worden. Die schwedische Schutzjöllnerpartei hatte jedoch nicht unterlassen, abermals die Kündigung des Zollvertrages von 1874 zu beantragen. Dieser Antrag wäre auch sicher angenommen worden, wenn die schwedischen Schutzjöllner ihre protectionistischen Forderungen in gegenwärtiger Reichstagsession durchgesetzt hätten; sie waren bekanntlich schon auf dem besten Wege, dieses Ziel zu erreichen, aber die schwedische Regierung machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Die Neuwahlen zur Zweiten schwedischen Kammer sind bereits entschieden zu Gunsten der Freihandelspartei ausgefallen. Am 2. Mai tritt die neue Kammer zusammen, in der die Freihandelspartei ein Uebergewicht von 15 bis 20 Stimmen über die Schutzjöllnerpartei haben wird, nachdem letztere in der aufgelösten Kammer über eine Mehrheit von 10 Stimmen verfügt hatte. Damit ist zugleich auch der Zollvertrags-Kündigungsantrag hinfällig geworden und die Revisionsvorlage wird ebenso anstandslos im schwedischen Reichstage angenommen werden, wie sie im norwegischen Storting Annahme gefunden hat. Die Erledigung dieser Streitfrage ist nicht nur für die wirtschaftlichen, sondern auch für die politischen Verhältnisse beider Länder von großer Bedeutung. Wäre die Zollverbindung in Folge eines schützjöllnerischen Sieges in Schweden aufgehoben worden, dann hätte dies hier in Norwegen sehr böses Blut gemacht und auf die noch schwebenden politischen Streitfragen zwischen beiden Ländern, von denen namentlich die in Betreff der Leitung der gemeinsamen diplomatischen und consularischen Vertretung im Auslande eine brennende ist, in einer Weise zurückgewirkt, die gefährlich für den Bestand der Union gewesen wäre. König Oscar und sein schwedisches Cabinet haben diese Möglichkeit sicher mit in Betracht gezogen, als sie den Beschluß faßten, die Zweite Kammer wegen ihres schützjöllnerischen Votums aufzulösen, denn seit dem Bestehen der jetzigen aus dem Jahre 1866 datirenden Reichsverfassung ist jetzt zum ersten Male eine Kammer aufgelöst worden, obgleich wiederholt für Schwedens Theil weit dringender Anlaß zu solcher Auflösung vorlag als diesmal. Es handelte sich bei der gegenwärtigen, ihrem Abschluß entgegengehenden Neuwahl der Zweiten Kammer um mehr als bloß den Getreidezoll, und wenn diese Wahl jetzt in einem der freihändlerischen, aber auch unionsfreundlichen schwedischen Regierung günstigen Sinne ausgefallen ist, so begreift man, daß dieses Ergebnis auch in den unionsfreundlichen Kreisen Norwegens freudig begrüßt wird. Der hier am Ruder stehenden antinationalen Richtung ist durch die Sicherstellung der hart bedröhten schwedisch-norwegischen Zollunion eine werthvolle Waffe in ihrem Kampfe gegen die Verbindung mit Schweden entwunden worden. Die diesseitigen Unionsfreunde werden nun um so erfolgreicher die Angriffe gegen die Union abwehren können.

Capitel sind den eingehendsten Erörterungen des technischen Aufbaus des chinesischen Dramas gewidmet, die Einteilung desselben in die verschiedenen Kategorien des historischen Trauer- und Schauspiels, des bürgerlichen Trauer- und Schauspiels, des Zauberdramas, sowie des Charakter- und Intrigenlustspiels. Das Buch schließt mit einer überaus instructiven Abhandlung über das moderne Drama der Chinesen. Man darf zwar bei einem Literarhistoriker von dem Rufe Gottschall's flüchtigend voraussetzen, daß er seiner Aufgabe mit Gründlichkeit und bedeutender Sachkenntnis nachkommen werde, und es bedarf nicht der Proben, um diese Thatsache auch im vorliegenden Falle zu beweisen. Doch ist — um nur Eins aus dem Buche herauszugreifen — beispielsweise das, was Gottschall über die Composition und die Charaktere des chinesischen Dramas sagt, so interessant, daß wir es stellenweise hier reproduciren, um den Leser anzuspornen, das Gottschall'sche Werk eingehender zu studiren.

Die Chinesen sind ein vorzugsweise praktisches Volk. Bauten von solcher Ausdehnung, wie die chinesische Mauer, Wasserstraßen, wie der große Canal, Riesensiedlungen mit stadtherrlichen Palästen, wie Peking, ein in seltener Weise urbarmachtes und bevölkertes Land, die Befestigung mit Erfindungen, wie die Buchdruckerkunst, das Pulver, der Compaß, die blühende Seidenzucht und der Theehandel; Alles das spricht für den praktischen Sinn und die rührige Energie des Volkes nicht weniger als der regelmäßig aufgelegene Staats-Mechanismus, der von Geschlecht zu Geschlecht in ununterbrochenem Gange abläuft. Selbst die weltgeschichtlichen Revolutionen, der Sturz der Dynastien, der sogar einen andern Volksstamm zur Herrschaft brachte, konnten diese Fähigkeit des Volkscharakters und seine durch unvorstellbare Zeit gefestigten Institutionen nicht zerstören. Im Gegentheile, die Sieger wurden durch die Cultur der Besiegten besiegt, und auch nach der letzten für das alte China bedrohlichsten Bewegung, einer Revolution des Glaubens und der Sitte, lenkte dasselbe nach errungenem Siege wieder in das alte Gleis ein. Als ein vorzugsweise praktisches Volk haben die Chinesen auch niemals der religiösen Vorstellung eine das Leben und den Staat durchdringende Macht eingeräumt, wenn auch die Ceremonien, welche sich an die Lehre des Confucius anschließen, vom Kaiser bis zum Untertanen des Volkes mit pflichtgetreuer Genauigkeit beobachtet werden.

Es ist klar, daß die Freiheit und selbstständige Schönheit der Kunst bei einem so auf das Praktische bedachten, in einen Staats-

Afrika.

[Aus dem Sudan.] Zuverlässige Nachrichten aus dem Sudan sind schon lange nicht eingegangen. Man weiß nur im Allgemeinen, daß bald nach dem Fall von Chartum die Stämme, welche der erste Mahdi unter seiner Vollmacht vereinigt hatte, in argen Zwist geriethen und sich nach seinem frühen Tode auf das Festigste befiedelten. Diese inneren Unruhen waren es, die Ägypten mehr als die kleine englische Armee vor dem Angriff der Sudanesen schützte. In den inneren Kriegen verarmte der von jeder Verbindung abgeschnittene Sudan mehr und mehr und seit Jahresfrist konnte man einzelne Anzeichen wahrnehmen, daß die Sudanesen sich nach dem Handelsverkehr sehnten, der vor ihrem Abfall von Ägypten auf dem Nil blühte. Die Versuche einzelner Stämme aber, Handelsverbindungen anzuknüpfen, wurden von ihnen feindlichen Stämmen durchkreuzt. Da erschien Anfang April in Wady Halfa, der südlichsten Station Ägyptens, eine Deputation des gegenwärtigen Mahdi, Kalf Abdulla, dessen Macht jedoch lange nicht an die seines Vorgängers heranreicht, und suchte bei der dortigen Militärbehörde um Erlaubniß nach, Briefe des Mahdi an den Sultan und den Khediv in Kairo überbringen zu dürfen. Als die Erlaubniß nach Anfragen in Kairo erteilt war, setzten die vier Abgesandten ihre Reise fort und langten in Kairo an, wo sie, wie es scheint, mit Mißtrauen empfangen worden sind, denn dem „Daily Chronicle“ wird von dort geschrieben: „Man wird von den Gefandten verlangen, Beweise zu erbringen, daß die Schreiben an den Sultan und den Khediv echt sind, und sich über den Zweck ihrer Mission zu erklären, da auch in dieser Beziehung viele Zweifel bestehen. Das Schreiben an den Khediv soll eine Antwort auf die Depesche sein, welche der Khediv im letzten Jahre durch Abdullah Khajal an den Nachfolger des Mahdi gelangen ließ. In diesem Schreiben sagt Abdullah Khajal, daß er Willens ist, die Autorität des Sultans anzuerkennen, daß er sich aber nicht in Unterhandlungen mit den Ungläubigen einlassen will, da diese die Quelle aller Unruhen im Sudan wären. Der Brief an den Sultan beginnt wie folgt: „Vom Diener Gottes an das Haupt der Gläubigen, den Regierer der zwei Meere, den Wächter der beiden heiligen Städte, den Kalifen des Propheten, das Oberhaupt des Islams, den König der Königreiche, den Sultan Abdul Samid Khan.“ Nach der üblichen Begrüßung fährt das Schreiben fort:

„Der Mahdi hat sich erhoben, um den Islam zu verteidigen und hat die Ungläubigen verschlungen und sie gequält, um Frieden zu bitten. Die Ungläubigen suchen nun in Verzweiflung die Anhänger des Mahdi mit Säden Goldes und durch Eröffnung des Handels zu bestechen. Aber die Anhänger des Mahdi weigern sich, mit den Ungläubigen zu unterhandeln, da ihre einzige anerkannte Autorität der Sultan ist, welchem sie unbedingten Gehorsam geloben.“ Nach Aufzählung der kürzlichen Ereignisse im Sudan erklärt der Mahdi, daß er bereit ist, sich der Entscheidung des Sultans, als Kalifen, zu fügen, und wenn der Sultan ihm, Abdullah Khajal, befiehlt, Frieden zu schließen, so werde er gehorchen. In keinem Falle aber werde der Mahdi sich mit den Ungläubigen verständigen, außer auf ausdrücklichen Befehl des Sultans. Abdullah Khajal verlangt, daß die Stellung des Sudans ebenso werde, als die Ägyptens, und er als Vicerent unter der Souveränität des Sultans das Land regiere. Er verspricht außerdem, dem Sultan Tribut zu zahlen, doch solle der Sudan gänzlich unabhängig von Ägypten sein.

Die Gefandten verweigern jede Auskunft, bis der Khediv sie empfangen hat; derselbe hat ihnen eine Audienz bewilligt.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 22. April.

Aus Gleiwitz schreibt man uns: „Am vergangenen Montag fand im königlichen Gleiwitzer Gymnasium die Aufnahmeprüfung der auswärtigen, nicht aus Gleiwitz gebürtigen Schüler statt. Es hatten sich ca. 30 Knaben „vom Lande“ eingefunden. Vor Eintritt in die Prüfung erklärte der Director des Gymnasiums den anwesenden Eltern der Kinder, daß in der Sexta nur 2 Knaben aufgenommen werden könnten. Nach dieser Erklärung verließ ein Theil der Anwesenden den Saal, und nur die Hälfte verblieb, durch Entscheidung der Einschreibungsbehörden in einer dreifachen Prüfung um den fast ausschließlichen Sieg zu ringen. Alle Anwesenden waren der Ansicht, daß es eine große Härte sei, einen Theil der Kinder von Eltern, die Angehörige des Kreises sind, vom Besuch des Gymnasiums fast gänzlich auszuschließen.“ Zur Erläuterung wird in dem Schreiben hinzugefügt, daß am Sonnabend, also zwei Tage vor dem zweiten Aufnahme-Termin, die aus der Stadt Gleiwitz angemeldeten Knaben

organisatorisch eingewängten Volke wie die Chinesen nicht zur Geltung kommen.

Die chinesische Bühne soll daher nicht bloß ein unnützes Vergnügen, sie soll nützlich sein und der Staatsraison dienen. Es ist die einzige Bühne der Welt, deren ästhetische Grundzüge — im Strafgesetzbuch zu finden sind. Der Zweck der theatralischen Auführungen wird dahin bestimmt, daß die Lebensgemälde, welche den Zuschauern vorgeführt werden, fähig sein sollen, diese zur Uebung der Tugend anzuleiten. Das Moralprincip ist also die Seele des chinesischen Dramas; diese Moral selbst aber ist eine durch das peinliche Gefes festgestellte Staatsmoral. Ein chinesisches Stück soll einen Zweck, einen moralischen Sinn und Nutzen haben, sonst erscheint es den Dramaturgen verfehlt und lächerlich. Wenn auch in roher Form, liegt hier doch ein Motiv zu Grunde, welches für die innere Einheit der Handlung nur förderlich sein kann; wenn auch in äußerlicher Fassung, ist hier doch die Unentbehrlichkeit eines leitenden Gedankens ausgesprochen, durch den ein gewisser Zusammenhalt der Composition bedingt wird. Durch solche Beschränkung werden die Wirkungen dramatischer Kunst verstärkt und die romantische Fessellosigkeit abgewehrt, für welche die Bühne ein ungeeigneter Tummelplatz ist. Die historischen Dramen werden von den Dramaturgen freilich sehr äußerlich als eine Art von Geschichtscursus aufgefaßt, welcher den Schulunterricht ergänzen und besonders denen, die nicht lesen können, zu Gute kommen soll.

Die Composition der chinesischen Dramen stimmt in ihren Hauptzügen mit den Regeln der europäischen Dramaturgie überein und hält die einzelnen Theile des Dramas mit scharfer Sonderung auseinander. Viele Dramen besitzen einen besonderen „Prolog“, eine Art Vorspiel, welches die Exposition enthält. Unter den „Zhang“, wurde, solange die Kunstform weniger ausgebildet war, dieser Prolog, wie die Prologe der antiken Tragödie, von einem Schauspieler vorgelesen; er war ein Declamationsstück, welches die Voraussetzungen des Dramas erzählend auseinandersetzte und welches erst, als der kunstmäßige Fortschritt durch die „Tschia-fu“, die Dramen der Mongolen, bezeichnet wurde, selbst eine dramatische Form gewann. Bei denjenigen Stücken, denen ein solches Vorspiel („Ein-fu“ oder „Pforte“) fehlt, enthält, wie bei uns, der erste Act die Exposition. Bei uns beginnt mit dem zweiten, in jenen Stücken mit dem ersten Act die eigentliche Intrigue, welche bis zum Schluß des dritten Actes fortläuft. Das regelrechte Drama der Chinesen enthält vier Acte (Tschia); der vierte Act aber ist wie ein Tisch, welcher für die Moral

*) Das Theater und Drama der Chinesen. von Rudolf von Gottschall. Breslau 1887, Verlag von Eduard Trew.

geprüft worden waren, durch welche alsdann die Klasse bis auf zwei Plätze angefüllt war. Der Einsender, der sich durch die uns übermittelten Zeilen zum Sprecher der übrigen am Montag zurückgewiesenen Eltern macht, giebt der Ansicht Ausdruck, daß die Bevorzugung von Schülern aus der Stadt, in welcher das Gymnasium seinen Sitz hat, wohl bei einem aus communalen Mitteln erhaltenen Gymnasium gerechtfertigt sei, daß aber bei einem staatlichen Gymnasium ein Unterschied zwischen Stadt- und Kreiseingesessenen nicht gemacht werden dürfe, in der Weise, daß die Knaben aus der Stadt zwei Tage früher für sich geprüft und aufgenommen würden und den Kreiseingesessenen angesichts der bereits nahezu gefüllten Klassen das Nachsehen bliebe.

Wir haben die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen zum Abdruck gebracht unter dem Vorbehalt, daß wir sie für gegenstandslos erklären würden, wenn die Commune Gleiwitz und ihre Bürger durch irgend eine zu Gunsten des Königl. Gymnasiums geschehene Leistung sich als Gegenleistung des Staates ein Recht auf Bevorzugung vor den Eingesessenen des Kreises oder vor den Eltern auswärtiger Schüler überhaupt erworben hätten. Ist dies der Fall, — wir werden jede Belehrung darüber gern entgegennehmen, — dann ist gegen den derzeitigen Aufnahme-Modus, nach welchem erst die Einheimischen und dann die Auswärtigen berücksichtigt werden, kaum etwas einzuwenden. Ist dies nicht der Fall, so scheinen uns die Klagen des sich an uns wendenden Gleiwitzer Kreiseingesessenen der Begründung nicht zu entbehren. Uebrigens würde allen Unzuträglichkeiten ein Ende gemacht werden, wenn neben der anscheinend überfüllten Septa eine Parallellasse errichtet würde.

!! Von der Universität. Heute Nachmittag 2, 3 und 3¼ Uhr haben die ersten Immatriculationen stattgefunden. Es wurden immatriculiert: in der katholisch-theologischen Facultät 8, in der evangelisch-theologischen Facultät 5, in der juristischen Facultät 17, in der medicinischen Facultät 28, in der philosophischen Facultät 29, im Ganzen 87 Studierende. — Das Curatorium des Vereins zur Unterstützung jüdischer Studirender macht bekannt, daß aus dem unter seiner Verwaltung stehenden Stipendienfonds wiederum einige Stipendien zu 150 M. jährlich an jüdische Studirende der hiesigen Universität, welche Nachweis über Fleiß, sittliche Führung, gute Befähigung und Bedürftigkeit zu führen vermögen, zu vergeben sind. Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung der üblichen Zeugnisse an das genannte Curatorium im Bureau der Synagogengemeinde, Graupenstraße 11b, versiegelt bis zum 15. Mai cr. einzulegen.

*** Das Benefiz für Herrn Demar.** den Regisseur des Lohentheaters, welcher sich während der kurzen Zeit seines Engagements an diesem Theater beim Breslauer Publikum viel Sympathien erworben hat, findet am Sonntag Abend statt. Es wird die „Fledermaus“ in Scene gehen und Herr Demar die Rolle des Gefängniß-Directors spielen. Wir wünschen dem strebsamen Darsteller, welcher am 1. Mai Breslau verläßt, ein recht gut besuchtes, womöglich ausverkauftes Haus.

*** Pferde-Rennen in Breslau.** In dieser Sommerfaison werden hier an folgenden Terminen Pferde-Rennen stattfinden: 31. Mai, 17., 18. und 24. Juli.

—d. Breslauer Gewerbeverein. In der letzten Versammlung hielt Klemptnermeister Ritter einen Vortrag „über metallene Dach-Deckungen“, in welchem er auf die in unserer Stadt vorhandenen alten Metallhäuser hinwies (u. a. auf ein seit 1598 liegendes Kupferdach unseres Rathhauses) und Proben der 300 Jahre alten Bedachung des abgebrannten Magdalenenturmes vorlegte. Im Weiteren legte er die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Bedachungsarten (Eisen, Kupfer, Eisenbedachungen) dar, beschränkte sich auf die Methode der Dachdeckung mit Zink (darunter die neue Deckung nach dem Rautensystem) und erläuterte die selben durch schön gearbeitete Modelle. Demnach hielt Oberlehrer Dr. Kessler einen Vortrag über die Producte der Braunkohlen-Industrie. Der Vortragende besprach das Vorkommen der Braunkohlen, die Verarbeitung derselben zu Braunkohl, die Herstellung des Theers und der Schweißkohle und beschrieb ausführlich die Abcheidung der leichten und schwereren Oele aus demselben durch Destillation und die Reinigung dieser Producte. Es wurde ferner die Fabrication des Benzins und des Solaröls aus den leichten, des Paraffins und der verschiedenen Maschinen-, Gasölen aus den schwereren Destillationsproducten eingehend erläutert und schließlich die Reinigung des Paraffins, seine Eigenschaften und seine Verwendung, insbesondere zur Kerzenfabrication, besprochen. Zahlreiche, aus den Rieber'schen Montanwerken (Halle a. S.) stammende Proben der Rohstoffe, Zwischens- und Endproducte wurden vorgelegt und ihre Verwendung in den Gewerben und der Industrie erläutert. Auch erregte ein vorgelegtes, sehr reich und künstlerisch ausgestattetes, von den Rieber'schen Werken ausgegebenes Musterbuch über Kerzen das Interesse der Anwesenden.

—e. Eindeichung der Ober- und Ohleniederung. Zur Leitung der Verhandlungen betreffs der Eindeichung der linksseitigen Ober- und Ohleniederung oberhalb der Stadt Breslau ist der Königl. Regierungs-Inspector Behrens hieselbst gemäß § 11 des Deichgesetzes und § 1 der

Ministerial-Instruction vom 24. August 1850 zum Commissarius von Seiten des Königl. Herrn Regierungspräsidenten ernannt worden.

Eine Gerichtscommission aus Japan in Breslau. Diese von uns in der gestrigen Morgennummer gebrachte Notiz bedarf folgender Richtigstellung: Im Amtsgerichtsgebäude (am Schweißbühnen-Strassen) trafen gestern Vormittag die Herren Chefspräsident Schulz-Böcker, Landgerichtspräsident Anton und Oberstaatsanwalt Strauß ein. In ihrer Begleitung befanden sich mehrere höhere Beamte, welche aus Berlin, welche seitens des Ministeriums den Auftrag erhalten hatten, den Neubau des Gerichtsgebäudes (auf dem Selenke'schen Institut) zu besichtigen und damit eine Durchsicht der alten Räume zu verbinden. Gegen Mittag desselben Tages machten mehrere Herren aus Japan dem Chefspräsidenten des Appellationsgerichts, Herrn Schulz-Böcker ihre Aufwartung. Es waren dies Mazu-Da, der frühere Präsident eines Gerichtshofes in Japan, und sein Dolmetscher Hira-Tsina. Beide waren über Rom und Wien nach Breslau gekommen, hatten hier den im Auftrage der japanesischen Regierung an hiesiger Universität studierenden Sugli-Yama in ihr im Kaiserhof belegen Quartier rufen lassen und mit ihm zusammen den Besuch beim Appellationsgerichtspräsidenten gemacht. Mazu-Da hat im Auftrage der japanesischen Regierung eine Anzahl von Fragen zu beantworten, welche sich auf die Zustüpfung in den europäischen Staaten beziehen. Die Herren werden von hier aus nach Berlin und den anderen Hauptstädten reisen.

—ff— Eggers-Stiftung zur Förderung der Kunst und Kunstwissenschaft. Zum 1. April 1888 hat die Friedrich Eggers-Stiftung zur Förderung der Kunst und Kunstwissenschaft, deren Sitz die Reichshauptstadt ist, Stipendien an Kunst- und Kunstwissenschaftler zu vergeben. Bei der Vergebung wird die Norm festgehalten, daß jedesmal eine variierende Reihenfolge nach der Berufsbranche beobachtet wird. Bewerbungsberechtigt sind 1) ein Kunstgelehrter, 2) ein Architekt, 3) ein Bildhauer, 4) ein Maler, 5) ein Kunstgewerbebesitzer. Für die in Rede stehende nächste Verleihung ist die Reihenfolge so normirt: zunächst 5) (Kunstgewerbebesitzer), alsdann 3) (Bildhauer), 1) (Kunstgelehrter), 4) (Maler) und 2) (Architekt). Bewerbungsgesuche sind mit den qu. Attesten bis zum 1. Februar 1888 an eines der nachbenannten Mitglieder des Curatoriums, sämtlich in Berlin, zu richten: Prof. Dr. Lazarus, Vorsitzender, NW. Königsplatz 5, Regierungsbaumeister Fr. Schwenken, W. Lühomstraße 68, Geh. Regierungsrath Dr. K. Böllner, W. Matthäikirchstr. 10, Ingenieur Heinrich Seidel, W. Am Karlsbad 11, Senator a. D. Dr. Karl Eggers, W. Am Karlsbad 11. Die näheren Bedingungen für die Vergebung werden durch Anschlag in der Königl. Kunstschule und auf der Universität hieselbst bekannt gegeben.

—gg— Vom Neubau des städtischen Irrenhauses. Das Hauptgebäude der im Ausbau begriffenen städtischen Irrenanstalt an der Gieppertstraße ist im äußeren Bau im Großen und Ganzen fertig gestellt. Das mächtige Bauwerk zeigt eine stattliche Hauptfacade von 27 Fenstern Breite und umfaßt ein Souterrain, ein Erdgeschoß und zwei Obergeschosse; der Mittelbau, welcher von zwei schlankepyramidenförmigen Thürmen flankirt wird, weist noch ein drittes Stockwerk auf. Die Zahl der für den Bau erforderlichen Fenster, deren Einfügung und Vergalung bereits in Ausführung begriffen ist, beträgt nahezu zwei und ein halbes Hundert. Die nach allen Seiten hinstrahlende Lage des Bauwerkes läßt seine Architektur-Wirkung unbeeinträchtigt zur Geltung kommen. Besonders günstig wirkt die durch Thürme und aufstrebende Eisenornamente reich verzierte Bedachung, welche eine lebhafteste Aufwärtsbewegung erzeugt. Die Ventilations-, Bewässerungs-, Entwässerungs-, Beleuchtungs-Anlagen, die sämtlich in Ausführung begriffen sind, entsprechen alle den gegenwärtigen Anforderungen der Hygiene. Der Bau des Wirtschaftsbau- und Beamten-Gebäudes des Instituts, welches nordöstlich vom Hauptgebäude, ganz in der Nähe des Damms der alten Oder errichtet wird, scheidet rüstig vorwärts. Die Mauern desselben erheben sich bereits bis zur Höhe des Souterrains und lassen so die Linien des Grundrisses hervortreten. Das Bauwerk hat zwei zu einander rechtwinklig gestellte Flügel, deren Außenfronten dicht an die östliche resp. nördliche Grenze des Grundstücks sich anlehnen. Im Laufe des Sommers dürften die Arbeiten ihre Vollendung erreichen.

—hh— Der königliche Regierungsdampfer von Seydlitz traf von Kofel hier wieder ein. Derselbe hatte Auffahrzeuge von Trefen nach Tschirne geschleppt und von dort aus eine Tour nach Kofel unternommen.

+ Zum dreifachen Raubmorde in Paris. Der französische Criminal-Commissarius Goron, welcher, wie wir bereits gemeldet haben, nach Breslau gekommen war, um den Eigentümer verschiedener von dem angeklagten Reifenden Henri Gaston alias Gustav Geißler im Hotel Calvaire in Paris zurückgelassenen Effecten zu ermitteln, ist nach zweitägigem Aufenthalte gestern Abend wieder nach Paris zurückgereist, nachdem die Reise nach Wien überflüssig geworden ist. Ueber das Ergebnis der Recherchen erfahren wir Folgendes: Henri Gaston alias Gustav Geißler hatte im Pariser Hotel in dem Koffer diverse Wäsche, ein Bund Schlüssel, 2 Portemonnaies, 1 Paar Handschuhe und ein goldenes Medaillon mit dem Bildniß einer älteren Dame zurückgelassen. Die Spur, den Eigentümer dieser Sachen in Breslau zu suchen, war bekanntlich dadurch gegeben, daß sich im Koffer die Fragmente eines von Krüder und dem socialdemokratischen Wahlcomité vom 21. Februar verbreiteten Flugblattes, betreffend die Warnung vor Zusammenrottungen

sowie Ruhestörungen auf den Straßen, befunden hatte. Ein Gaston (Gustav) Geißler ist hier allerdings völlig unbekannt, durch die Recherchen der hiesigen Criminal-Polizei wurde aber festgestellt, daß der von dem Commissar Goron mitgebrachte Koffer von dem hiesigen Sattler M. angefertigt war, und daß dieser solche Koffer an verschiedene hiesige Trödler verkauft hat. Bezüglich zweier Oberhemden wurde — da die Firma abgetrennt war — vermittelt der vorhandenen Commissions-Nummer 4084 constatirt, daß die Hemden aus dem hiesigen Wäschegeßel von L. stammten, und von der Ehefrau des hiesigen Kaufmanns G. mit der Bewußtsein bestellt waren, die Hemden G. G. zu zeichnen. Dieser Kaufmann G. hat einen Sohn, der sich seit Anfang März d. J. in Paris aufhält und zur Zeit der Recherchen sich im Gefängniß Mazas befand, wohnin man ihn wegen eines nicht geklärten Selbstmordversuchs und Tragens verbotener Waffen gebracht hatte. Seine Entlassung sollte erfolgen, sobald das von seinen Verwandten verlangte Reisegeld eingegangen sein würde. Da der junge Mann mit Vornamen Georg heißt und das im Medaillon vorhandene Bildniß als das seiner Mutter sich erwies, ferner sich unter den mitgebrachten Schlüssel der Hauptschlüssel des Kaufmanns G. befand und auch die Wäsche zum Theil als dem Georg G. gehörig recognoscirt wurde, so ist zur Evidenz bewiesen, daß der im Gefängniß Mazas inhaftirte junge Mann mit dem seit dem 16. März verschwundenen Henri Gaston alias Gustav Geißler identisch ist. In wie weit Georg G. an dem dreifachen Morde in der Rue Montaigne theilhaftig gewesen ist, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen; keineswegs kann, wie Wiener Blätter melden, es als erwiesen betrachtet werden, daß Georg G. mit dem Mörder identisch ist, da noch die Aufklärung darüber fehlt, ob Georg G. in der That Eigentümer der im Zimmer der Ermordeten aufgefundenen, mit dem Namen Gaston Geißler bezeichneten Manschette ist.

**** Beim Diebstahl überfallen** wurde in der Nacht vom 21. zum 22. April cr. der ehemalige Diener Robert Rogel. Rogel, ein robuster, kräftiger Mann, der u. A. früher auch als Krankenwärter in einem hiesigen Krankenhaus thätig war und dort wegen Trunkenheit entlassen wurde, hatte sich in den Abendstunden, bevor der Nachtwächter die Hausthüre verschloß, in ein Haus am Roßmarkt geschlichen. In demselben Hause war er bei einem Particulier vor einigen Wochen als Diener engagirt, verlor aber bereits nach wenigen Tagen seines Antritts in Folge Unzuverlässigkeit und Mißfalles in das bereits oben erwähnte Laster seine Stellung. Als in allen Etagen, es mochte ungefähr 10½ Uhr gewesen sein, nächtliche Ruhe eingetreten war, begann der in den Räumen der zweiten Etage wohlvertraute ehemalige „Diener“ sein unredliches Handwerk. Gegen 11 Uhr vernahm die Gattin des Particuliers, aus ihrem Schlafe aufgeschreckt, ein verächtliches Geräusch und rief nach dem im Nebenzimmer befindlichen Diener. Letzterer eilte schleunigst herbei und stellte sofort eingehende Nachforschungen an. Das Resultat ergab, daß die seit 10 Uhr Abends von innen verschlossen gehaltene Thür eines nach dem Entree und der Altane führenden Wohnzimmers geöffnet stand. Sehr bald wurde man gewahr, daß hier noch vor wenigen Minuten ein Dieb gehaust haben mußte; der Schreibereifer war erbrochen, während auf dem Buffet und dem Fußboden mehrere Gegenstände umherlagen; u. A. eine Spielkassette, die ihres Inhaltes von Kupfer- und Nickelmünzen im Gesamtbetrage von 3 Mark entleert war. Bei den ferneren Nachforschungen machte ein Dienstmädchen darauf aufmerksam, daß sie in einer im Hofe stehenden Kiste eine verächtliche Gestalt bemerkt hätte. Die vorhandenen Spuren deuteten darauf hin, daß der Einbrecher von der offenen Altane aus an einer Feuertreppe nach dem Hofe entkommen war. An der Jagd nach dem Diebe theilhaftig sich nehmend der indessen herbeigerufene Nachwachtmann. Nachdem alle Nachforschungen sich als vergeblich herausgestellt hatten, machte der gegenwärtige treue Diener den Vorschlag, auf dem Boden weiter zu suchen. Dort endlich entdeckte man, hinter einem Behälter versteckt und in lauernder Haltung, den verschmitzten Dieb, der mit der unaufrichtigen Miene betheuerte, daß er hier nur „nächtigen“ wollte. Die an Ort und Stelle vorgenommene Visitation ergab, daß Rogel mehrere kleine Wirtschaftsbücher, die er trügerischer Weise als Sparbücher hielte, entwendet hatte. Diese wurden ihm abgenommen, worauf seine Verhaftung erfolgte.

+ Unglücksfall. Der Maurer Josef Elsner von der Scheinigerstraße stürzte am 21. cr. von einem Neubau in der Gieppertstraße aus einer Höhe von zwei Stockwerken herab und zog sich so schwere Verletzungen am ganzen Körper zu, daß er nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte.

+ Selbstmord. Am 21. cr., Nachmittags, wurde am Ufer der Ohle in der Nähe des Dorfes Zedlitz eine Menge von Kleidungsstücken an einem Strauche hängend vorgefunden. In den Taschen eines Ueberziehers befanden sich mehrere, auf den Namen des Uhrmachers Oskar V. lautende Legitimationspapiere. Es ist wohl anzunehmen, daß sich der Genannte an dieser Stelle das Leben genommen hat. Seiner Frau sind bereits die aufgefundenen Kleider, die sie als die ihres Mannes wieder erkannt hat, eingehändigt worden.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

des Stückes besonders gedeckt wird. Er ist von den früheren Aufzügen durch eine Luft geschieden, welche auch äußerlich durch die neu auftretenden Personen merklich hervortritt; er ist der Act der Enthüllungen, der Belohnungen und Bestrafungen, der maßgebenden Entschlüsse und Entscheidungen; hohe Mandarinen, kaiserliche Befehle vertreten das Schicksal, welches den geschürzten Knoten löst oder zerhaut. Die einzelnen Scenen der „Acte“ sind nicht, wie bei uns, von einander geschieden; doch wird das Auftreten jeder neuen Person durch das Wort „Schang“, ihr Abgang durch das Wort „Gia“ bezeichnet, während: „Wei-yun“ (wörtlich: sprechen, indem man den Rücken kehrt) unser „beiseite“ ausdrückt. Von Einheit der Zeit und des Ortes ist in den chinesischen Dramen keine Rede, wenn auch die Intriguenfäden etwas mehr Zusammenhalt haben als die historischen und phantastischen Schauspiele, für welche Platons „romantischer Debitus“ als Muster gelten kann. In „die Waise der Familie Tschao“ ist im ersten Acte der Faden des Stückes noch nicht geboren, in „Ho-han-ghan“ und in vielen anderen Stücken spielen nachgeborene Söhne und Enkel eine Hauptrolle in den letzten Acten. Die Personen, denen der Dichter das mißliebige Amt auferlegt, die verstrichene Zeitfrist dem Publikum anzudeuten, wie Tsching-ying in „die Waise der Familie Tschao“ (Act 4, Scene 2), in der Regel mit einem Gemeinplatze die Lizenz des Dichters zu entschuldigen: „Die Zeit geht so rasch vorüber“ u. dgl. m. Da die Bühne der Chinesen keine Verwandlung kennt und auch nicht, wie die altenglische, durch einen Zettel die Scene anzeigt: so wird die Bekanntmachung des Ortswechsels den Personen selbst in den Mund gelegt. Wenn Tschao-schi und Tschang-i in „Ho-han-ghan“ ihren entflohenen Kindern nachsehen, so sieht man sie mehrmals, sprechend und singend, über die Scene eilen, bis Tschang-i erklärt: jetzt sind wir angekommen an den steilen Ufern des gelben Flusses, von wo man eine unzählige Menge von Schiffen entdeckt.

Diese Charakteristik der äußeren dramatischen Form paßt indes nur für die Stücke des Yuen-Repertoires, von denen die dialogisirten Romane aus der Zeit der Thang und Song, wie aus der Epoche der Tsching und Ming wesentlich abweichen. So hat „Si-jiang-ti“ nicht weniger als sechzehn Acte und der „Pi-pa-ti“ gar zwelundvierzig Tableau! Auch ist dies moderne Drama, welches unter der Herrschaft der jetzigen Dynastie zur Aufführung gekommen, wieder zu der ältesten, unreflexion Form des Prologs zurückgekehrt, während die im Stücke selbst enthaltene Exposition allerdings an Ausführlichkeit und Durchsichtigkeit der Motivierung die Dramen des Yuen-Repertoires übertrifft.

So marionettenhaft die Fortführung der dramatischen Handlung in Bezug auf Zeit und Ort und die Herbeiführung der Katastrophe durch Nachgebote der Staats-Autorität ist: so entbehrt die Intrigue der chinesischen Dramen selbst doch keineswegs der Spannung und versteht, die Hebel des Effectes oft mit Geschicklichkeit anzusehen. Die kleinen Hilfsmittel und Kunstgriffe, deren unsere Bühnenschriftsteller sich bedienen, sind den Chinesen durchaus nicht fremd. In „die geheimnisvolle Kiste“ hat z. B. die Kaiserin einer Feste Befehl erteilt, das Kind einer Nebenfrau umzubringen. Die Feste wird indes von Gewissensbissen befallen und offenbart sich dem zukunftsweisen Chef der Eunuchen, Tschin-lin, welcher das Kind in seiner Toilettenkiste, einem Geschenk des Kaisers, versteckt. Als er mit der Kiste durch den Garten geht, begegnet er der Kaiserin. Große Spannung. Sie redet ihn an, sie fragt ihn, wohin er geht; sie erkundigt sich nach Neuigkeiten und erlaubt ihm, dann, seines Weges zu gehen. Wie erleichtert fühlt sich jedes Herz, da die Gefahr der Entdeckung vorüber ist! Tschin-lin nimmt seine Kiste unter den Arm und eilt raschen Schrittes von dannen. Da plötzlich ertönt von den Lippen der Kaiserin das Schreckenswort: „Tschin-lin, komm noch einmal her!“ Tschin-lin kommt langsam zurück, setzt seine Kiste hin und läßt sich vor der Kaiserin auf die Knie nieder. Neue Spannung! „Tschin-lin“, sagt die Kaiserin, „als ich Euch gehen ließ, folgt Ihr durch die Lüste, wie der Pfeil vom Bogen, als ich Euch zurückrief, kamt Ihr so langsam, als könntet Ihr kaum Eure Glieder bewegen.“ So geht es in der Scene fort, deren Bewegung und Gegenbewegung recht dramatisch ist und die Spannung des Publikums in Athem hält. Die Lustspielintrigue in „Tschao-mei-hiang“ erinnert ganz an die im modernen Lustspiele üblichen Liebesintriguen mit ihren Villets-doux, Einladungen und geübten Rendezvous. In „Das Liebespfand“ hat der berühmte, aber dem Trunke ergebene Dichter Han-fu-ling bei einem Feste das Herz der schönen Liu-mei erobert, welche ihm ihr goldenes Halsband zum Andenken schenkt. Liu-mei ist die Tochter eines hohen Beamten, in dessen Haus Han-fu-ling als Erzieher aufgenommen wird. Der Besuch des Beamten wird dem melancholischen, höchst verliebten Poeten angeliebt, der in das Anschauen des Liebespfandes schwärmerisch versunken ist. In aller Eile verbringt er das Halsband in das nächste liegende Buch, den Y-king. Der Gouverneur erscheint, fragt den Poeten, was er treibe. „Ich lese den Y-king.“ „Wohl, so wollen wir ihn zusammen lesen.“ Der Gouverneur öffnet das Buch, findet — das Halsband und entdeckt die geheime Liebe

des Poeten und seiner Tochter. Wenn die Schürzung des Knotens oft mit befriedigender Geschicklichkeit bewirkt wird: so verstimmt dagegen stets die endliche Lösung durch einen deus ex machina, durch das Belieben des Kaisers und der Mandarinen, wie es auch in den beiden zuletzt erwähnten Lustspielen der Fall ist. Dies bedingende Uebergreifen des Staates in die Familie ist ebenso charakteristisch für das chinesische Staatswesen, wie empfindlich für das künstlerische Bedagen, wenn jeder angespannte Faden dadurch immer wieder gewaltsam zerissen wird.

Wenn wahrhaft tragische Conflicte, die auf dem Kampfe stillos berechtigter Mächte beruhen, nur in wenigen Tragödien, und zwar in verflämmerter Gestalt, zum Ausdruck kommen: so sucht das chinesische Drama desto mehr durch den ergreifenden Wechsel des Menschenschicksals zu wirken, der uns in lebendigen Bildern, wenn auch oft in greller, sprunghafter Weise, vorgeführt wird. Der Glückswechsel in Bezug auf Armut und Reichthum, Höhe und Niedrigkeit muß die Gemüther erschüttern, welche alle mehr oder weniger die Wandelbarkeit des Menschenlooses empfunden haben! Wen würde es nicht rühren, wenn über den braven „Tschang-i“ im „Ho-han-ghan“ das Mißgeschick hereinbricht, wenn die Flammen sein stilles Haus verzehren — so unberechtigt eine zufällige Feuersbrunst aus als dramatisches Motiv sein mag, — wenn der alte Mann mit seiner Frau bettelnd von Haus zu Haus, von Kloster zu Kloster irrt? Oder wenn „Sie-jin-tuei“, der Held des gleichnamigen Dramas, von einem armen Bauernsohn zum Gipfel des Ruhmes und der Ehre erhoben wird, wenn seine Eltern der bittersten Noth entrissen werden, seine zurückgebliebene, edle Gattin den Titel einer Prinzessin von Liao erhält? Oder wenn Su-tschin, der mit Lumpen bedeckte, vor Kälte klappernde Philosoph, den der eigene Vater aus dem Hause jagt, der eigene Stiefbruder mit Demüthigungen überhäuft, plötzlich mit gestikten Gewändern, das goldene Pfeifstiel am Gürtel, in die Heimath zurückkehrt, wie Josef in Egypten, die an ihm gescheitelt, vor sich geneigt im Staube steht und nach strenger Rüge ihnen verzeiht? Die Motivierung dieser Glückswandelungen macht den chinesischen Dichtern wenig Sorge — einige rohe Striche genügen ihnen vollkommen. Die Färbung, welche durch das unerwartete Glend der Glücklichen, die Ueberrumpfung, welche durch das plötzliche Glück der Unglücklichen hervorgerufen wird, sind stets erzielte Wirkungen, wie schwach auch die ursächliche Begründung des Glückswechsels sein mag.

Als Verlobte empfehlen sich:
Friederike Horwich,
Salo Bierer.
Myslowitz. [6151] Wien.

Als Verlobte empfehlen sich:
Fanny Bergmann,
Emil Saks.
Malapane. [6129] Ples D.S.

D. Herrmann,
Friederike Herrmann,
geb. Fischer.
Bermühle. [6133]
Wömen in Schles., im April 1887.

Rechtsanwalt Cohn,
Franziska Cohn, geb. Redlich,
Neuerwähle. [2307]
Beuthen O.S., im April 1887.

Durch die glückliche Geburt eines
Sohnes wurden hoch erfreut [4985]
L. Danziger und Frau
Fanni, geb. Großmann.
Reichenbach i. Schl., 22. April 1887.

Der glücklichen Geburt eines fröhlichen
Töchterchens erfreuen sich
Apotheker Volkmar
und Frau.
Königsberg in Preußen,
den 19. April 1887. [2317]

Statt besonderer Meldung.

Am 22. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden
unsere unvergessliche Gattin, Tochter und Schwester,

Frau Lehrer

Emma Hanisch, geb. Neumann,

im Alter von 28 Jahren.

Breslau, den 22. April 1887. [6155]

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 25. April, Nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause Holteistr. 14a nach dem alten Gräb-
schener Kirchhofe statt.

Am 20. d. Mts. starb nach schweren Leiden der Beigeordnete,
Kammerer und Stadtrath

Herr Emil Goebel zu Hirschberg,

welcher unserer Gesellschaft seit einer Reihe von Jahren als
Mitglied des Vorstandes angehört, und deren Interessen jeder-
zeit mit wärmster Hingebung und seltener Pfllichttreue vertreten
und gefördert hat.

Wir werden dem Heimgegangenen, dessen Verlust wir tief
beklagen, immerdar ein dankbares Andenken bewahren.

Hirschberg, den 22. April 1887. [4984]

Der Aufsichtsrath und Vorstand

der Actien-Gesellschaft „Bote a. d. Riesengebirge“.

Heut verschied nach längerem und schwerem Leiden

Herr Maurermeister Carl Mode.

Derselbe gehörte seit einer langen Reihe von Jahren als
Magistratsmitglied und Stadtverordneter der diesseitigen städti-
schen Verwaltung an und hat sich stets durch strenges Rech-
lichkeitsgefühl, regen Gemeinsinn und liebenswürdige Charakter-
eigenschaften ausgezeichnet. [4971]

Wir betrauern seinen Hingang tief und werden sein An-
denken stets in Ehren halten.

Cosel, den 21. April 1887.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Heute früh entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden
unser innigstgeliebter Mann, Schwager und Onkel, der Particulier

Gerson Guhrauer,

im ehrenvollen Alter von 76 Jahren. [6133]

Um stille Theilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rawitsch, den 22. April 1887.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. April, Vormittags
11 Uhr, statt.

Der Begründer unseres Vereins, der Kaufmann

Herr Gerson Guhrauer

ist uns heute durch den Tod entrissen worden. Fast durch
50 Jahre hatte er die Leitung desselben in seiner bewährten,
kräftigen Hand und überall, wo es galt, die Zwecke unseres
werkthätiger Nächstenliebe gewidmeten Vereins auszuüben,
stand er in der vordersten Reihe. Wir verlieren einen Mann
seltener Pfllichttreue und bewährtester Ausdauer, dessen wir
in Liebe und Verehrung dauernd gedenken werden.

Rawitsch, den 22. April 1887. [2310]

Der Vorstand der Chai-Anoschim.

Durch den Tod des Kaufmanns

Herrn Gerson Guhrauer

hat unser Verein eins seiner thätigsten Mitglieder verloren. In
jüngerem Alter dem Vorstände angehörig, hat er fast durch
50 Jahre nach allen Richtungen hin die Ziele unseres Vereins
verfolgt und die Zwecke desselben gefördert. Ein dauerndes,
liebevolles Andenken ist ihm gesichert.

Rawitsch, den 22. April 1887. [2311]

Der Vorstand der Chewra-Kadisha.

Heute Nacht entschlummerte zu besserem Leben unsere innig-
geliebte Frau, Mutter und Tochter

Adelheid, geb. Altenburger.

Um stille Theilnahme bittet zugleich im Namen aller Hinter-
bliebenen: [4982]

Der schwergeprüfte Gatte

Valentin Grundmann, Postsecretair.

Strehlen i. Schl., den 22. April 1887.

Beerdigung: Sonntag, den 24. d. M., Nachm. 4 Uhr.

Stadt-Theater.

Sonnabend. „Der Trompeter
von Saffingen.“
Sonntag. Gastspiel des Fräulein
Anna Elach vom Metropolitan-
theater in New York: „Das Ge-
ling.“ (Anna: Fräulein Anna Elach.)
Montag. Zum letzten Male in dieser
Saison: „Die Journalisten.“

Lobe-Theater.

Gastspiel der Fr. Anna Schramm.
Sonnabend. Zum 1. Mal: „Die
Spreewälderin.“ Pöffe mit Ge-
sang in 5 Bildern von Jacobson u.
H. Wilfen. (Auguste Zipperling,
Frau Anna Schramm.)
Sonntag. Diefelbe Vorstellung.
Nachmittags. Griechisches Feuer.
Aufspiel von Oscar Justinus.

Thalia-Theater.

Sonntag. Zum Benefiz für den
Regisseur Herrn F. Demar: „Die
Fiedermäuse.“ Operette in drei
Acten von Strauß. [4979]
Nachmittags. „Der lustige Krieg.“
Operette in 3 Acten von Strauß.

Helm-Theater.

Heute Sonnabend, den 23. April cr:

Schwiegerling- Vorstellung und Concert.

„Don Juan.“
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Nur noch wenige Vorstellungen.

Breslauer Concerthaus.

Gartenstraße 16.
Heute Sonnabend, den 23. April:
Vorlesung humoristische Soiree
der [4981]

Leipziger Quartett- und Concert-Sänger

Herren Sante, Klinge, Krugler,
Krüger, Winter, Freyer,
Zimmermann
und Gastspiel
des

Prof. Otto Nürnberg

mit seinen
Anthropoiden,

sowie unter Mitwirkung des größten
Naturwunders

Was ist **Diamantina**? Was ist
Diamantina? [Diamantina] mantina?

Der neue Stern Andromeda.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Billets à 40 Pf. sind im Vorver-
kauf in den bekannten Commanditen
zu haben.

Zeltgarten.

Sente: Großes
Militär-Concert

von der gesammten Capelle des
2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11.
Capellmeister

Herr Reindel.

Anfang 7 1/2 Uhr. [4972]
Entrée im Garten 10 Pf.,
im Saale 20 Pf.

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten.
Sente:

Das einzig existierende
Niesen-Chepaar

Mr. Patrick O'Brien,
34 Jahre, 7 Fuß 11 Zoll, 296 Pfd.
schwer, u. dessen Gattin, Madame

Christiana O'Brien,
24 Jahre, 7 Fuß 5 Zoll, 313
Pfund schwer. [4977]

Frères Athos, Acrobaten.
Mr. Bonnetty mit seinen
Angora-Katzen, Vögeln und

chinesischen Mäusen, **Mr.**
Glance und Mlle. Dela-
vier, Equilibristen u. Kunst-
schüler, Gölcke, Mimiker

u. Imitator, **Fröbel, Uni-**
versal-Humorist, Franziska
Edelhardt, Contreite.

Anfang 8 Uhr. Entrée 60 Pf.
Täglich Nachmittags von
4-5 1/2 Uhr:

Befichtigung
des Niesen-Chepaars

in seinem Familienleben.
Entrée 30 Pf., Kinder 15 Pf.

Simmenauer Garten.

Neue Taischenstr. 30.

Waldfisch = Ausstellung.

Täglich geöffnet.

Entrée: Erwachsene 30 Pf.,

Kinder 15 Pf.

Sente, Nachmittags 4 Uhr,

Große

Kinder-Vorstellung.

Eintrittspreis 10 Pf.

[6149] **G. F. Röhl, Cpt.**

Verein Machsike Thora.

Der Vortrag fällt heute aus. Der
nächste Vortrag findet Sonnabend,
den 30. April, statt. [6145]

Verein für class. Musik.
(Letzte Versammlung dieser Saison.)
Mozart, Streichquintett, G-moll.
Chopin, Allegro a. d. Sonate H-moll,
op. 58. [4991]
Tschalkofsky, Andante f. Streich
quartett a. op. 11.
Onslow, Sextett f. Clav., Blasinstr.
u. Contrab., Es-dur, op. 30.
Clavier: Dr. Polko.
Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

Hitzacker.

[2316]

Zurückgekehrt.

Prof. Neisser.

Frau Cl. Berger, geb.
Specialistin für Zahleiden
(nur für Damen und Kinder)
Junkerstr. 35, schräg. Perin's Cond

Reiche Heiraths-

Partien,

jedoch nur solche und der
besseren Stände, die ver-
mittelt streng reell u. discer-

Adolf Wohlmann.

jetzt nur Ernststr. 6, II,

Breslau.

Langjährige Praxis auf
diesem Gebiete.

Adresse erbitte genau.

Ein christlicher Kaufmann, An-
fang 30er Jahre, mit 2500 Thlr.
Barvermögen, wünscht sich mit

der Besitzerin eines nachweisl.
rentablen Geschäfts, resp. mit einer

jungen Dame, welcher ein solches
Geschäft seitens nächster Verwand-

tschaft überlassen werden könnte, zu
verheirathen. [2312]

Briefe mit ausführlichen Angaben
(auf Wunsch erfolgt deren sofortige

Rücksendung) unter H. 22029 an die
Annoncen-Expedition v. Haasen-

stein & Vogler, Breslau, zur
Weiterbeförderung erbeten.

Anonyme unberücksichtigt. Unbe-
dingte Discretion zugesichert.

Schwefelbad

Trencsin

Tepliz.

Die Perle der Karpathen in Ober-
ungarn ist von der Eisenbahn-Station
Teplá-Trencsin lediglich der Waagthal-
linie 20 Minuten entfernt, von Breslau

in 9 Stunden erreichbar, hat 32° R.
und ist das beste und fräftigste Bad

geg. rheumatisch-gichtische Leiden,
hat großen schönen Park, gute

Wohnung, Hochquell-Wasserleitung,
genügende Restaurationen mit guter

billiger Kost u. vorzüglichen Getränken
und wunderschöner Umgebung. Saison-

Beginn 1. Mai. In Oberberg sind
Billets für die Hin- und Rückfahrt mit

sechswöchentlich Gültigkeit und Preis-
ermäßigung zu bekommen. Illustrierte

Programme versendet gratis die
herzogliche [4717]

Bade-Verwaltung.

Trencsin-

Tepliz.

Den Besuchern unseres Bades, so-
wie meinen vielen Bekannten und

Freunden aus Deutschland empfehle
ich freundliche und anständig möblierte

Zimmer in meinem elegant renovierten
Hause „Cäcilienhof“, dicht bei den

Bädern gelegen, zu ortsgemäßen billigen
Preisen. Vorausbestellung erbitte

und Auskunft ertheilt [6144]
Alois Spitzer, Hausbesitzer.

Engl. u. franz. Unter-
richt Kirchstr. 6, 3. Etage.

Untericht im Hebräischen und
in der jüdischen Religion, wie auch

Vorbereitungsfunden für Con-
firmanden ertheilt [6136]

S. Weintraub,

staatlich geprüfter Lehrer,
Sonnenstr. 11b, dicht am Gymnasium.

Eine fein geb. Dame erth. Nachhilfe
i. all. Schularb. u. Privatf. à 30 Pf.
Offert. u. P. B. 25 Bresl. Ztg.

Stud. phil., der erfolgreich
unterrichtet hat, sucht Stunden. Of-
funt. R. 38 Exped. der Bresl. Ztg.

Knöpfe

Stein, Horn, u. Metall, 2 Dbd.
5 Pf., Seiden-
spitzen, schwarz u.

coul., Mtr. schon v. 10 Pf. an, Seiden-
spitzen, Chantilly, Onipure,
spanisch, Mtr. 2 M. 50 Pf., alle Neu-
heiten Perl - Vordüren (Perl-
Ornamente), Perl - Garnituren,
Perlwesfen, Tabliers, Perlschürzen,
Perlfüll, Perl - Ornamente alle
Farb., St. schon v. 10 Pf. an, Tischlein,
Schweißbänder, Stahlketten, zu spott-
billigen Preisen nur bei [6152]
C. Friedmann, gaffe 6, 1. Et.

Comtesse Sarah!

Neuester Promenaden-Hut für junge Damen,
ausschließliches Eigenthum meiner Handlung. [4819]

M. Gerstel, Hoflieferant,
12, Junkernstraße 12.



Corsets in ausgereicht Façons

und garantirt besten Fabrikaten, bei völlig druckfreiem Sitz
hochelegante Taille erzielend, empfiehlt zu soliden Preisen

A. Franz, Specialistin für Corsets,

Carlsstrasse 8. I.

Auswahlendungen bereitwilligst - Umtausch gestattet.



Bettstellen,

Klappbettstellen von 5 Mk. an

do. mit Spiral-Matr. von 7 Mk. an,

hochfeine, nach Wiener Art

— wie Zeichnung —

von 25 Mk. an.



Kinderbettstellen,

Seitenthell zum Herunterlassen,

mit Schnur besochten, von 14 Mk. an.

Sämmtliche Eisenmöbel,

als: [4449]

Waschtische, Bidets,

Garderobenständer etc.

in größter Auswahl.

Herz & Ehrlich, Breslau.

B. K. R.

Kaffee.

Die in unserer letzten Preisliste ausgesprochene Erwartung einer
weiteren Preissteigerung von Kaffee bestätigt sich mehr und mehr.
In Folge der allgemeinen schwachen Vorräthe, der unzureichenden
gegenwärtigen Brasil-Ernte und andauernd ungünstigen Nachrichten
über die kommenden Brasil- und Java-Ernten, nahmen die Preise
von Anfang März an einen neuen Aufschwung und sind seitdem um
volle 10 Pf. pro Pfund in die Höhe gegangen und zeigen an allen
Kaffeemärkten die Tendenz zu noch weiterer Steigerung; aller mensch-
lichen Voraussicht nach haben wir noch eine längere Aufsteige-Periode
für Kaffee voraus, deren Ende nicht abzusehen ist, und wir können
unseren verehrten Kunden daher nicht bringen genug empfehlen, bei
den jetzigen, verhältnismäßig noch mäßigen Preisen ihren Bedarf auf
längere Zeit hinaus zu decken. Wir haben daher genöthigt, in
unserer neu ausgegebenen Liste 10 unsere Preise um ein
Geringes zu erhöhen, doch sind dieselben noch auf Grund
älterer Einkäufe aufgemacht und gegenüber den heutigen
Bezugspreisen sehr billig und beachtenswerth. [2301]

Sowohl in unserer Specialität
„nach eigenem Verfahren geröstete Kaffee's“

als auch in einer ungewöhnlich reichhaltigen Auswahl roher
Kaffeeforten sind wir nach wie vor in der Lage, jeden Geschmack
befriedigen und jeder honetten Concurrenz die Spitze bieten zu können,
und bitten um Erhaltung des uns bisher zugewendeten Vertrauens.

Röst-Kaffee's.

	Frühere Detail-Preise.	Jetzige Detail-Preise.
Nr. 4. Mokka u. Goldjava	1,64	1,70.
5. Wiener Mischung	1,54	1,64.
6. Carlsbader „	1,50	1,56.
22. Familien-Kaffee I.	1,36	1,46.
7. Perl-Java u. Ceylon	1,32	1,40.
8. Java-Mischung	1,28	1,34.
23. Familien-Kaffee II.	1,24	1,32.
9. Domingo-Mischung	1,20	1,24.
11. Campinas	1,14	1,18.
24. Volks-Kaffee	1,00	1,10.

Hochachtungsvoll

Breslauer Kaffee-Rösterei

mit Dampfbetrieb

(Otto Stiebler).

44 Schweidnitzerstr. 44, Eingang Dble Nr. 4.



Corsets

Tricot-Tailen

Strümpfe

in nur Prima reinwolle-
ner Waare, geraucht und
ungeraucht, von der Einfachsten
bis zur Eleganten in allen
Farben [4929]

Das Stück

3,50, 5,50, 8 bis 30 Mk.

in kolossaler Auswahl.

Julius Henel

vorm. C. Fuchs,

k. k. u. k. Hoflieferant,
Breslau, am Rathhause 26.

Zur Reise unentbehrlich!

Gummi-Wäsche.

Kragen, Manchetten,
Vorhemden

in Folge grosser Abschlüsse
unter dem Fabrikpreise.

Julius Henel

vorm. C. Fuchs,

k. k. u. k. Hoflieferant,

Breslau, am Rathhause Nr. 26.

Helzbare Badestühle, Hist. Catl. gratis.
Ohne Mühe u. Kosten ein warmes Bad.
L. Weyl, Berlin W. 8, Leipzigerstr. 41.

Silberfränze,

Silberketten.

Silberhochzeit-Geschenke.

Widmung auf Porzellan.

Silberfeidel.

Carl Stahn, Kloster-

Strasse

Zweites Haus mit Strassenide

her.

Marienburg zu

Geld-Lott ge

Hauptgewinn: 90.000 Mk.

Loose à 3 Mk., 1/2 1,70 Mk. op

J. Eisenhardt, Berlin

(Fortsetzung.)

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurden einem Apotheker von der Kaiser Wilhelmstr. aus seinem Vorrat 6 Stück hochstämmige Rosenbäume, einem Koch von der Bischofsstr. ein goldenes, schwarz emailliertes Medaillon, einer Bewohnerin der Trinitasstr. ein Paar Lackleibschuhe. — Gefunden wurden eine Schrotflinte, ein silbernes Armband mit Bergierungen, eine silberne Cylinderschale mit Goldrand und ein Metallstück von einer Modistin. Vorstehende Gegenstände sind im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

+ **Zur Ermittlung.** Am 8. März cr. wurde in Ratibor ein Individuum bei Verübung eines Taschendiebstahls verhaftet, welches sich als der Korbmacher Callmann Kochlinger bezeichnete. Derselbe will in Lublin in Rußland geboren und 40 Jahre alt sein. Er behauptet ferner, am 28. Februar cr. mit einem Dampfer aus Newyork in Hamburg gelandet zu sein. Diese Angaben haben sich als unwahr erwiesen. Es liegt vielmehr der Verdacht vor, daß er einen falschen Namen angegeben hat und seine Personallisten verschweigt. Eine Photographie von ihm liegt im Bureau 5 des hiesigen Polizeipräsidiums aus. — Zur Verhaftung gelangt wird der 52 Jahre alte zweite Director der Stettiner Dampf-Müllerei-Actien-Gesellschaft, Wilhelm Gräber aus Stettin. Der Genannte ist flüchtig geworden und sollte zur Untersuchungshaft vom dortigen Amtsgericht wegen Verschleissung eingezogen werden. Derselbe ist von corpulenter, untersehter Statur, hat schwarzlockiges, grau melirtes Kophaar, Schnurr- und Backenbart und hat eine Narbe im Gesicht. Auch die Photographie des Gräber liegt in demselben Bureau zur Ansicht aus.

Δ **Schweidnitz, 22. April.** [Botanische Gärten. — Gymnasium. — Schulhausbau. — Kammereifassen-Hauptetat.] In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordneten war die Anlage von botanischen Gärten für Schulzwecke in Anregung gebracht worden. Dem Antrage der Stadtverordneten hat der Magistrat seine Zustimmung gegeben, und unsere Promenaden-Deputation hat die Realisierung dieses Projectes bereits in Angriff genommen. Es sind für die verschiedenen Schulen besondere Plätze bestimmt worden. — Während an den Volksschulen das neue Schuljahr bereits am 1. April seinen Anfang genommen hat, ist zu Anfang dieser Woche sowohl im Gymnasium als auch in der höheren Mädchenschule der neue Schularbeitsplan eröffnet worden. In die vacant gemordene letzte ordentliche Lehrerstelle am Gymnasium ist seitens der städtischen Patronatsbehörde der Gymnasiallehrer Dr. Friedrich aus Eisenach berufen worden. Seine Uebernahme aus dem Staatsverband des Großherzogthums Weimar nach hier ist bis jetzt nicht erfolgt, die Stelle wird daher zunächst provisorisch verwaltet. Außer den definitiv angestellten Lehrern sind zur Zeit vier Candidaten des höheren Schulamtes an der Anstalt beschäftigt, darunter zwei probandi. — Der Anbau zur Erweiterung des Schulhauses für katholische Knaben in der Rosengasse wird demnächst in Angriff genommen werden. — Nachdem die von den Stadtverordneten beschlossenen, nicht wesentlichen Veränderungen im Kammereifassen-Hauptetat auch seitens des Magistrats angenommen worden, wurde der gedachte Etat in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten definitiv festgestellt.

Δ **Aus der Grafschaft Glatz, 21. April.** [Pfarrer Högel †. — Haltestelle.] Am 15. d. M. starb in Ebersdorf bei Habelschwerdt der fürstbischöfliche Notar, Pfarrer Högel. Der Verstorbene hat daselbst fast 18 Jahre lang als treuer Seelsorger mit großem Eifer gewirkt und sich die Liebe und Verehrung seiner Gemeinde in hohem Grade erworben. Gestern hat die feierliche Beerdigung desselben unter zahlreicher Theilnahme stattgefunden. Dem Sarge folgten u. A. 27 geistliche Herren. Großdechant Hoffmann-Neurode verrichtete die kirchliche Feier, und Pfarrer Schulz-Grafenort hielt die Trauerrede. — In Grafenort steht die Einrichtung einer Haltestelle der Eisenbahn in Aussicht. Die Eisenbahn-Direktion verlangt das nötige Terrain unentgeltlich und eine Baarszahlung von 34 000 M. Wie wir hören, hat die kaiserlich-königliche Herberstein'sche Güterverwaltung sich zur Vergabe des erforderlichen Grund und Bodens, sowie zur Zahlung eines Pachtbetrags von 12 000 M. bereit erklärt.

— **r. Bries, 20. April.** [Stadtverordneten-Versammlung.] In der heute Nachmittag stattgehabten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Bürgermeister Heideborn das Wort, um auf Grund seiner vor vier Wochen erfolgten Wiederwahl zum Bürgermeister von Bries seinen Wählern seinen Dank auszusprechen. Hierauf stellte derselbe der Versammlung den von der Regierungpräsidenten zur weiteren Einarbeitung im Communaldienst nach hier überwiesenen Regierungsreferendarius von Unruhe vor. Nach Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende, Apotheker Werner, der Versammlung Mitteilung von der Ausrückung eines Legats des am 17. Februar cr. verstorbenen Commerzienraths Silbuis Moll in Höhe von 3000 M. an die Armenverwaltung. Die Zinsen des Capitals sollen jedes Jahr zu Weihnacht an die städtischen Armen zur Verteilung gelangen.

Nachrichten aus der Provinz Posen.
r. **Essa, 22. April.** [Bürgermeister Ziebler †.] Am 16. d. M. starb hier selbst der seit bereits 25 Jahren im Amte befindliche Bürgermeister Ziebler. Zu der am Dienstag stattgehabten Beerdigungsfestlichkeit hatten sich zahlreiche Freunde und Bekannte des Entschlafenen, sowie die Mitglieder der Ortsbehörde und die Deputationen der verschiedenen Innungen eingefunden. Auch der Landrath des Neumarkter Kreises erwies ihm die letzte Ehre. Der Verdienst des Verewigten wurde in der vom Pfarrvicar Paulsch gehaltenen ergreifenden Trauerrede, sowie durch die von Pastor Spenner aus Herrmannsdorf auf dem Friedhofe gesprochenen herrlichen Worte entsprechend gedacht. Die Leiche des Orts-erlitten den Verstorbenen durch den Gesang einer Arie am Grabe.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* **Berlin, 22. April.** Die heutige Verhandlung der kirchenpolitischen Debatte stand im Allgemeinen nicht auf der Höhe der gestrigen Discussion. Das Interesse mußte sich zersplittern, da die Standpunkte der einzelnen Redner ganz verschiedenartige waren und das Hauptaugenmerk vielfach von dem Gegenstande des Gesetzes ablenkten. Zunächst erspähen der nationalliberale Abgeordnete von Gynern auf dem Kampfbühne. In allen Ausführungen desselben zeigte sich wenig Witz und viel Behagen. Obwohl der Redner der Vorlage gegenüber ebenso einen verneinenden Standpunkt einnimmt, wie die freisinnige Partei, hielt er es doch für angemessen, seine stumpfen Pfeile gerade gegen Eugen Richter und die Freisinnigen zu richten. Allerdings wurde ihm später in persönlichen Bemerkungen von dem Abgeordneten für Hagen, gegen den Herr von Gynern in der letzten Campagne kandidiert hat, nach Verdienst heimgeschickt. Sachlich bemerkenswert ist aus der Rede des Herrn v. Gynern nur, daß die Mehrheit der nationalliberalen Partei gegen die Vorlage stimmen will. Offenbar folgt sie dabei höheren Eingebungen. Es wird auf das Bestimmteste versichert, daß Fürst Bismarck erklärt habe, von der nationalliberalen Partei die Zustimmung zu dem Gesetze durchaus nicht zu verlangen. Nach Herrn v. Gynern's Rede nahm die Debatte eine gänzlich veränderte Richtung. Sie wandte sich nunmehr ganz und gar der evangelischen Kirche zu. Herr von Hammerstein, der Urheber des bekannten Antrages auf Verleihung größerer Selbstständigkeit an die evangelische Kirche, begründete dieses Verlangen mit schillernder Schärfe gegen den Reichskanzler, der sich sofort erregt zur Erwiderung erhob und die Ansprüche der Herren von Hammerstein, von Kleist-Regow und Kad Genossen so rundweg und scharf ablehnte, daß an deren Annahme nunmehr in seiner Hinsicht mehr zu denken ist. Der Kanzler bezeichnete die Anträge als einen Kulturkampf, der in die evangelische Kirche getragen werde, ja geradezu als einen Erpressungsversuch. Trotz dieses Verdictes trat Abgeordneter Stöcker sowohl für den Antrag Hammerstein, als gegen manche Aeußerung des Kanzlers und gegen die ganze Vorlage ein. Er wird sogar im Gegensatz zu Herrn von Hammerstein, der sich durch Rücksichten auf die auswärtige Politik bestimmen

läßt, gegen das ganze Gesetz stimmen. Im Uebrigen bot die Debatte keine neuen bemerkenswerten Momente, außer einer langen Auseinandersetzung zwischen dem Welsen Brül und dem Fürsten Bismarck, die ohne Resultat verlief. Die von der nationalliberalen Partei beantragte Commissionsberatung wurde natürlich abgelehnt. Die zweite Beratung findet sofort im Plenum statt und mit sehr großer Majorität wird die Vorlage angenommen werden.

Abgeordnetenhaus. 38. Sitzung vom 22. April. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Gohler.
Das Haus setzt die erste Beratung der kirchenpolitischen Novelle fort.

Abg. v. Gynern (nationallib.): Es hat sich allmählich im Lande die Meinung verbreitet, als ob der Kulturkampf von den Nationalliberalen unter Führung des Abg. Falk (Heiterkeit) gemacht worden sei. Ich lege den Grund des Kulturkampfes dagegen in den gesteigerten Machtansprüchen des päpstlichen Stuhles. Diese, und nicht das Unfehlbarkeitsdogma, dem die Regierung ganz fast gegenüber stand, haben den Kulturkampf hervorgerufen. Italien war dem Papste durch die Ereignisse von 1870 verloren gegangen, da verlorste denn Rom, das neu entstandene Deutsche Reich sich zu unterwerfen, wieder einen deutsch-römischen Kaiser zu schaffen. Damals fiel das Wort des Runtins: „Der römischen Kirche kann nur noch die Revolution helfen.“ Der Papst verlorste das letzte Mittel, um wieder Herr zu werden aller Gläubiger (große Heiterkeit), aller Gläubigen. Nachdem der deutsche Kaiser es abgelehnt hatte, sich der Curie anzuschließen, da wurde das Centrum zum Kampfe gegen Preußen und Deutschland aufgerufen. Die Curie und das Centrum wollten nicht das Reich vernichten, sondern das Reich der Curie botmäßig machen. Ich habe das Centrum nie als reichsfeindlich betrachtet und es auch niemals so bezeichnet; ich habe niemals den Patriotismus des Centrums bezweifelt, und wenn man Herrn Dr. Windthorst zum Reichskanzler macht, würde er durchaus reichsfeindlich sein und nicht nur auf sieben Jahre, sondern auf dreimal sieben Jahre die Militärdienstpflicht fordern. (Heiterkeit.) Antonelli hat, wie die veröffentlichten Depeschen zeigen, das Vorgehen des Centrums anfangs nicht gebilligt. Dann aber erschien eine Deputation des Centrums in Rom, unter Führung des Fürsten Löwenberg (Heiterkeit), ach nein, Löwenstein heißt der Herr (Heiterkeit). Seitdem war Antonelli in seiner Mißbilligung des Centrums zurückhaltender, und als nun der Reichskanzler eine entschiedene Aufforderung der Curie gegen das Centrum verlangte, lehnte die Curie dies ab. Seitdem entbrannte der vom Centrum und der Curie geführte Kampf immer heftiger. Die Antwort darauf waren die Maigesetze. Vergebens suchte der Reichskanzler sich des Centrums zu erwehren, es war das um so schwieriger, als das Centrum ja gar kein politisches Programm hat. (Gelächter.) Ja, im Jahre 1883 hat Abg. Gremer eine Aeußerung Windthorst's citirt, die das bestätigt. Es ist heute die fünfte Vorlage, die den Frieden mit Rom anstrebt. Aber mag der Papst noch so friedliebend sein, was wir befürchten, ist doch das Papstthum, ist jene Kirche, die die Bedingungen des modernen Lebens negirt. Und so hat denn der Kampf des Katholicismus gegen den mächtigen Protestantismus schon lange vor den Maigesetzen bestanden und wird auch nach Annahme dieser Vorlage bestehen. Ich betrachte noch heute die Maigesetze als nützlich für unseren paritätischen Staat. Wir erkennen jedoch an, daß eine Revision nötig ist; diese aber hat die preussische Regierung nicht beliebt. Die Nationalliberalen haben stets die Revision gefordert, aber einer beständigen Abdröckelung des ganzen Systems können wir nicht zustimmen. Die Regierung ist von Vorlage zu Vorlage nachgiebiger geworden. Auf diesem Wege konnten wir der Regierung nicht folgen. Deshalb aber stimmen wir noch nicht in den Vorwurf des „Canossa-Ganges“, den die Extremen anstimmen, mit ein. Ich bin gewiß ein ruhiger Politiker (Heiterkeit), aber mein Blut gerät in Wallung, wenn ich diesen unerschütterlichen Vorwurf erleben höre. Die Nachgiebigkeit der Regierung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Freisinnigen unter Führung des Abgeordneten Richter abgeschwenkt ist. Herr Richter hat gestern die Vorlage verworfen, weil sie der katholischen Kirche nicht genug gewährt, er war katholischer als der Papst. (Heiterkeit.) Die praktische Politik des Herrn Richter ist sehr einfach. Wer nicht schreibt wie er, ist ein Reptil (Heiterkeit), und dem „Klabradradisch“ zufolge soll in der Redaktion der „Freis. Ztg.“ bereits das Jubiläum der 10 000 Reptilbezeichnung gefeiert worden sein. (Heiterkeit.) Die praktische Politik des Herrn Richter ist in einem Briefe von 1873 ausgesprochen, worin er die katholische Kirche als staatsgefährlich bezeichnet — und jetzt unterstützt er das Centrum. So beforzt der Radicalismus stets und überall die Geschäfte der Kirche. (Heiterkeit.) Selbst in der „Volks-Ztg.“ ist zu lesen, daß die Fortschrittspartei sich in den Dienst des Centrums gestellt hat. (Sehr richtig!) Im Centrum (Heiterkeit.) Gegenüber den gestrigen Ausführungen muß ich doch bemerken, daß die evangelische Kirche sich benachteiligt fühlen muß durch die Concessionen gegen Rom. Seit Minister Falk die Synodalordnung erlassen hat, ist nichts für die evangelische Kirche geschehen. Ich kann nun zwar den bekannten Antrag Kleist-Regow nicht gut heißen, aber ich hätte doch gewünscht, daß die Regierung ihm weniger Misachtung entgegenbringe, als es bisher geschehen. Ich kann aber nicht billigen, daß die Regierung sich von der Commissionsberatung dieses Antrages ferngehalten hat. (Zustimmung rechts.) Gestern hat der Reichskanzler sich bereits entgegenkommender gezeigt. Ich hoffe, das preussische Ministerium wird ihm folgen. (Beifall rechts.) Es wird bei dieser Vorlage nun wieder versichert, daß sie den Frieden bringe. Diese Versicherung ist bei den früheren vier Vorlagen auch gegeben worden, ohne daß der Friede eingetreten ist. Zwar heißt es, der Brief der Curie in der Septennatsfrage, den ich übrigens keineswegs beibehalten habe, sei eine Friedensbotschaft, aber die ganze Art, wie er behandelt worden ist, scheint doch darauf hinzudeuten, daß es sich um ein bloßes Spiel der Curie handelt. Die Curie und ebenso die gestrige Erklärung des Centrums sprechen auch der jetzigen Vorlage gegenüber keineswegs von einem Frieden, sondern nur von einem „Zugang zum Frieden“. So ist zu befürchten, daß immer neue Concessionen kommen werden, daß wir in zwei Jahren vor einem neuen Friedensgesetze stehen. Ich glaube nicht an den Regenbogen des Friedens, aber wir brauchen auch die Unterstützung des Centrums nicht: Die letzten Wahlen haben gezeigt, was wir können, wenn wir einmal wollen. (Heiterkeit.) Jedenfalls aber müssen wir gegen diese Vorlage eine Reihe von Bedenken hegen, die in einer Commission geprüft werden müssen. Ich hoffe, man wird unseren Antrag auf Commissionsberatung berücksichtigen, besonders da aus Posen berichtet wird, daß Einzelnes dieser Vorlage die Erfolge der antipolitischen Maßregeln dort in Frage stellen würde. Es wäre sehr bedauerlich, wenn Sie die Commissionsberatung ablehnen wollten. Sie können uns auch nicht auf den Weg verweisen, die Vorlage in zweiter Lesung zu amendiren, denn im Plenum ist die Durchberatung des Einzelnen nicht möglich. Wie die Vorlage uns vorliegt, glaube ich, daß kaum Einer oder der Andere für die Vorlage stimmen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein (cons.): Ich kann dem Vorredner erwidern, daß, als es sich um die Beschlußfassung über das Ordensgesetz handelte, gerade die Nationalliberalen gegen eine Commissionsberatung gestimmt haben. (Beifall rechts und im Centrum.) Westmähl ist mir, daß nach all den Erfahrungen, die inzwischen mit dem Kulturkampf gemacht worden sind, die Nationalliberalen noch immer denselben Standpunkt einnehmen. Dagegen war es mir sehr erfreulich, daß Herr v. Gynern sich so entgegenkommend zu dem Antrage Kleist-Regow gestellt hat. Was den Kulturkampf betrifft, so bin ich der Meinung, daß er von langer Hand von den Liberalen vorbereitet ist. (Zustimmung im Centrum.) Das zeigen die Memoiren Bluntschli's, der nicht nur ein großer Freimaurer war (große Heiterkeit), sondern auch ein Führer im Kulturkampf. Der Liberalismus wollte an Stelle der Kirche den Radicalismus setzen, und ich habe stets bedauert, daß officiële Blätter in der Frage des Kulturkampfes die Tonart der liberalen Blätter angeschlagen haben. Es sind wiederholt hier im Hause von Seiten meiner Parteifreunde Wünsche nach einer Revision ausgesprochen worden, und wir haben gleichzeitig die Nothlage der evangelischen Kirche betont. (Fürst Bismarck tritt in den Saal.) Es ist wiederholt hier ausgesprochen worden, daß die der evangelischen Kirche gegebenen Verheißungen nicht erfüllt worden sind, und Abg. Graf Bethun-Puyeville erklärte, daß die evangelische Kirche weniger Rechte habe als die katholische, selbst nach den Maigesetzen, und auch Minister Falk hat es ausgesprochen, daß mit der Synodal-Versammlung nicht die Entwicklung der evangelischen Kirche abgeschlossen sein solle. Der Reichskanzler hat gestern gemeint, er müsse die Wünsche der patriotischen Katholiken berücksichtigen. Verzeihen denn aber die Wünsche der patriotischen Männer auf der

General-Synode weniger Berücksichtigung? Ich sehe voraus, daß Fürst Bismarck nicht das volle Maß von Verständnis für die inneren Bedürfnisse der evangelischen Kirche besitzt. (Bewegung rechts.) Was die Parität beider Kirchen betrifft, so ist doch nicht zu übersehen, daß der Papst in der katholischen Kirche weit selbstständiger ist, als der König von Preußen als oberster Bischof der evangelischen Kirche. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche gebunden; wie wäre sonst das Civilstandsgezet möglich gewesen? Jedenfalls danke ich dem Herrn Reichskanzler dafür, daß er gestern wenigstens eine erhöhte Dotation für die evangelische Kirche zugesagt hat. Daß diese Vorlage die evangelische Kirche beunruhigt, kann doch nicht überraschen. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers kann ich mich jedoch auch nicht gegen die Vorlage entscheiden, da der Reichskanzler einen so hohen Werth auf diese Vorlage legt. Mag denn die evangelische Kirche noch einmal Resignation üben (Beifall rechts), die Verantwortung dafür liegt aber da, wo man es beliebt hat, ein Bündnis mit dem Papste zu schließen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident Fürst von Bismarck: Ich glaube, daß die Beziehungen des Staates zur evangelischen Kirche, die der Herr Vorredner zur Sprache gebracht hat, mit der Beilegung des Streites zwischen dem Staat und der katholischen Kirche in gar keinem Zusammenhang stehen. Ich glaube nicht, daß die evangelische Kirche durch die Wiedereingewährung früherer Rechte an die katholische Kirche irgendwie geschädigt werden kann. Ich muß meinerseits eigentlich mich weigern, in dem Augenblick, wo wir Frieden mit der einen Confession schließen, eine Art Kulturkampf in die andere Confession hineintragen. (Sehr richtig.) Ich bin überzeugt, daß, wenn die Tendenzen des Kleist-Hammerstein'schen Antrages jetzt zu einer einschneidenden Verhandlung führen, daß dies kein weiteres Resultat haben würde, als die Vermehrung der vielen bedauerlichen Spaltungen in der evangelischen Kirche. (Sehr richtig!) Dazu bietet die Regierung nicht die Hand! Das wäre auch eine große Ungerechtigkeit gegen uns, gegen die evangelischen Minister, aus unserer Enthaltung bei den Commissionsberatungen des Herrenhauses auf eine Gleichgültigkeit gegen unsere Kirche zu schließen. Die Regierung hat im Allgemeinen den Grundsat, Initiativanträge aus dem Schoße des Parlaments nicht sofort zu unterstützen, sondern zunächst die Stellung einer Majorität abzuwarten. Sie ist nicht dazu da, als Hilfsorgan, Vorspann oder actenmäßige Arbeitskraft für Initiativanträge zu dienen. Ferner ist die Zeit, in der wir den Frieden mit der Curie erhoffen, schlecht gewählt, den Erbsapfel des Kleist'schen Antrages in unsere Mitte zu werfen. Die Mehrzahl der evangelischen Christen wird auch hoffentlich ihre Zustimmung zum Friedenswerke nicht als Kaufpreis für Concessionen an die evangelische Kirche ansehen oder gar erpressen wollen. Der Vorredner berief sich auf eine gestrige Aeußerung, der Wunsch friedliebender Katholiken nach Gewährung mancher Concession sei ausreichend zur Erfüllung derselben, wenn der Staat dabei keine Gefahr laufe, und machte dann die gleiche Anwendung auf die evangelische Kirche. In solch äußerlichem Verhältnisse stehe ich als evangelischer Christ denn doch nicht zur evangelischen Kirche, daß ich dem Herrn Vorredner hierin das sacrosanctum intellectus bringen sollte. Ich bin in meinem Glauben an Gott und Menschen überzeugt und fest genug begründet, um mich durch solche Angriffe nicht erschüttern zu lassen. (Bravo.) In evangelischen Dingen folge ich nur meiner Ueberzeugung, selbst einer noch größeren Autorität in der Gottesgelahrtheit, als der Herr Vorredner ist, werde ich sie nicht aufopfern! Zur Verwirklichung des Hammerstein'schen Antrages werden erhebliche Zuschüsse von Seiten des Staates nötig, und wenn die Herren nur mithelfen wollen, dem Staat und dem Reich neue Einkommensquellen zu verschaffen, so wird die finanzielle Frage sich ja vielleicht leichter lösen lassen. Wenn die evangelischen Mitglieder ihren katholischen Kollegen an Bedeutung nicht nachstehen wollen, so habe ich nichts dagegen, nur lassen Sie sich dadurch abhalten, derartige Initiativanträge gerade in dem Moment zu stellen, wo für die Regierung eine Geschlossenheit aller ihrer Freunde notwendig ist, und dadurch den Frieden zu stören. Ich möchte Sie bitten, etwas mehr Vertrauen, als aus der Rede des Herrn Vorredners sprach, zu der Regierung und zu dem Schutze, welchen der König als summus episcopus der evangelischen Kirche jeder Zeit gewähren wird, zu hegen. Aber vor allen Dingen möchte ich Sie bitten, diese ganz heterogenen Fragen auseinander zu halten und den Friedensschluß durch einen modus vivendi nicht zu erschweren. Im Uebrigen ist die Stellungnahme dazu keine Sache, die mit der äußeren Politik in Beziehung steht, sondern ich muß Sie einzig meinem verehrten Kollegen, dem Herrn Cultusminister, überlassen. (Beifall.)

Abg. Pfaff (nationalliberal) wendet sich zunächst gegen den im Herrenhaufe von Herrn von Kleist-Regow gestellten Antrag, der um deswillen schon verdächtig sei, weil Herr Windthorst sich für denselben erklärt habe, was doch jedenfalls nicht aus Liebe zur evangelischen Kirche geschehen sei. (Heiterkeit.) Der Kampf mit Rom wird nur aufhören, wenn alle Preußen katholisch geworden. (Heiterkeit.) Er sei gegen die Vorlage. Möge die preussische Regierung niemals die Täuschung erleben, die bisher jedem zu Theil geworden, der mit der Diplomatie Roms zu thun gehabt hat.

Abg. Dr. Brül (Hospitalant des Centr.) tritt in sehr eingehenden Ausführungen für die Vorlage ein, deren Hauptzweck er darin erblickt, daß fortan die Zulassung der Orden im Princip ausgeschlossen ist. Dagegen sei die Abschaffung des Einspruchsrechtes, zum mindesten seine Beschränkung, sehr zu wünschen, immerhin aber schaffe das neue Gesetz auch in dieser Hinsicht Besserung. Er könne sich für die Vorlage erklären, von der er keine Gefährdung der evangelischen Kirche befürchte. Der ganze Kulturkampf sei nur eine Frage der Macht gewesen. In erfreulicher Weise habe der Reichskanzler es gestern zurückgewiesen, daß er den Kampf aus constitutionellen Rücksichten begonnen habe. — Redner habe ein gewisses Mitleid mit den Nationalliberalen, die nichts gethan hätten, als im Auftrage des Reichskanzlers das Centrum bekämpften. — Wie freilich die Politik des Reichskanzlers in dieser Frage mit den Forderungen der Gerechtigkeit in Einklang zu bringen sei, das könne er nicht verstehen, umso mehr, als diese Politik sich gegen die eigenen Unterthanen gerichtet habe. Für die Leiden jenes Kampfes bliebe die Verantwortung der Regierung, es habe sich dabei um Vererbung der Freiheit, um Vertreibung von Haus und Hof gehandelt. Leider bedeute diese Vorlage noch nicht die Erkenntnis des begangenen Fehlers seitens der Regierung. Die Hammer schläge gegen die katholische Kirche hätten nur den Stachel des katholischen Volkes gestärkt. Für die evangelische Kirche habe die bisherige Praxis noch keine Stärkung herbeigeführt. Wenn man der evangelischen Kirche auch mehr Mittel gewähre, so müsse sie trotzdem mehr Freiheit verlangen. Jetzt sei diese Forderung unannehmlich. Sie werde jedoch wiederkehren, sie sei wichtiger, als die Frage der Vermehrung der zu gewährenden Mittel.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner wandte mir den Rücken zu. Daher entzog er mir einen großen Theil des Verständnisses seiner Rede. Besonders entgingen mir einige stark zugespitzte Stellen, die er immer mit finsterner Stimme sprach. Ich hörte nur heraus, daß er die gestrige Rede des Abgeordneten Richter, die dieser vielleicht im Auftrage einer anderen Partei hielt (Heiterkeit) vervollständigte. Beide Redner vertraten die Richtung solcher antipäpstlicher Blätter, mit denen das Centrum öffentlich nicht zu sympathisieren mag — da bietet man denn befreundete Abgeordnete! (Heiterkeit.) Abg. Brül ist ja nicht nur Lebensmann, sondern auch Hospitalant und sogar Welsche. Herr Richter ist der tertius gaudens, dessen Weizen bei der Erhaltung des Streites zwischen Staat und Kirche blüht. Eine starke Centrumspartei ist da das Fundament seiner Politik. Zur Stärkung der reichsfeindlichen Partei thut auch Herr Brül sein Möglichstes, wie auch Herr Windthorst, wenngleich dieser sich enthält, das Reich direct zu bekämpfen. Ist vielleicht Herr Dr. Brül der eigentliche Urheber des Antrages Hammerstein? Das würde auf letzteren allerdings ein ganz neues Licht werfen. (Bewegung rechts.) Herr Brül widmet sich jeder Verhärzung des Janes, und dieser Grundsat ist auch recht eigentlich der des Antrages Hammerstein. Hat sich Herr von Hammerstein das klar gemacht? Gerade zu einer Zeit, wo Leute, wie der Vorredner, daraus ein reichliches Material von Zwiespalts-Motiven entnehmen können? Gewiß ist Ihnen Allen das aufgefallen! Wie konnte sich ein Mann mit solchen Auffassungen so lange als Hospitalant einer katholischen Partei halten? Oder hatte er noch andere Motive dabei? Vielleicht politische? Er hat mir gegenüber Insinuationen von großer persönlicher Schärfe und Bitterkeit gemacht. Er hat mir Schuld gegeben, daß ich die Forderungen der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit verletzten. Ich bin also vollständig berechtigt, wenn ich ihm mit ähnlichen Unhöflichkeiten dienen wollte. Er hat mir in diesem Sinne vorgeworfen, wir hätten den Krieg gegen die eigenen Unterthanen geführt! Wenn er parlamentarische und publicistische Kämpfe darunter meint, so haben wir heute ganz ähnliche Kämpfe; wir kämpfen gegen die Welsen, gegen die Socialdemokraten und politischen Demokraten. Das ist aber kein Krieg mit den eigenen Unterthanen, sondern parlamentarische Kämpfe zwischen den Vertretern der Regierung und gewissen Parteien. Die For-

derungen der Gerechtigkeit, die der Herr Abgeordnete von mir verleiht glaubt, die halte ich viel mehr in Frage gestellt durch die Untheilnahme der Welfenpartei gegen das Vaterland seit 21 Jahren, als durch meine Vertheidigung der nationalen Sache.

Daß die Centrumpartei diese feindlichen Elemente in sich aufgenommen hat, das hat unseren Kampf außerordentlich erschwert. Der Herr Vorredner hat ferner gesagt, Niemand außer mir habe die Maiegefeße nicht für Kampfgefeße gehalten. Das wäre entweder ein Mangel an Logik oder, und anders ist es nicht möglich, ein Abweichen von der Wahrheit, was er mir vormürfe. Ja, soll ich denn wiederholen, was ich schon im Jahre 1875, also mitten im Kulturkampf, aus dem Jahre 1872 citirte, daß ich hoffte, durch den Krieg zum Frieden zu gelangen? Wie oft im Kriege Gebiete nur als Mittel zum Friedenszwecke occupirt werden, so bezeichnet die Maiegefeße nur die Occupation von Gebieten, die als Mittel beim Friedensschluß dienen sollten. Ob dieser Friede ein dauernder sein wird, das steht bei Gott! Wollten ihn nur die Gefinnungsgenossen des Herrn Windthorst nicht brechen! Aber deshalb lassen wir uns doch nicht hindern, den Frieden überhaupt zu beschließen. Hätten wir mit dem Frankfurter Frieden der Welt die Sicherheit geben wollen, er würde ein ewiger sein, so hätten wir ihn allerdings nicht schließen können, so müßten wir noch heute in Versailles stehen, weil es nicht möglich ist, mit einer so kriegsgeheißigen Nation wie die französische, die uns in diesem Jahrhundert schon dreimal überfallen hat, auf die Dauer in Frieden zu leben. Ich hoffe allerdings, daß der päpstliche Einfluß auf das Centrum sich dauernd geltend machen wird.

Der Fürst verliest hierauf seine bekannten Aeußerungen über einen freibleibenden Papst und einen entgegenkommenden Antonelli und fährt fort: Der Kampf war kein nationaler, sondern ein politischer. Wir gerieten in ihn durch die Wahlunterstützung des Centrums seitens der Curie. Wir hatten in diesem Kampfe keineswegs eine Verstärkung der Staatsgewalt im Auge — die ist in Preußen schon stark genug —, sondern wir hatten die Einheit des Reiches gegen die böswilligen Angriffe der politischen Freunde des Herrn Vorredners zu schützen. Ich kann alle die Insinuationen, die er gemacht hat oder gemacht haben mag, da ich nicht vollständig hören konnte, zurückweisen, im Vertrauen, daß alle meine Freunde nicht auf Seiten des welfischen Anklägers, sondern des Vertheidigers des Reiches stehen werden. (Beifall.)

Abg. Stöcker: Daß bei der jetzigen Friedensaction zwischen Reichsfanzler und Papst über die Köpfe der Parteien hinweg keiner ganz Sieger, keiner ganz Besiegter ist, ist ganz befriedigend. Gegen welfische Bestrebungen, wie wir sie soeben gehört haben, ist der Reichsfanzler allerdings dabei ganz Sieger geblieben, in anderen Dingen ist es wohl der Papst. Allerdings hat derselbe am Verhalten der Centrumpartei nach seinen Erlassen gesehen, daß seine Unfehlbarkeit nicht ganz unzweifelhafter Natur ist. (Widerpruch im Centrum.) Von dem Einspruchsrecht in der vorgeschlagenen Form haben wir nichts zu fürchten. In Württemberg besteht dasselbe in viel weiterer Umfang. Einzelne Gesetze bestimmen den Standpunkt der Kirche zum Staat niemals so, wie die allgemeinen Verhältnisse. Wir sind einmal auf Parität, auf ein friedliches Zusammenleben angewiesen. Auf beiden Seiten, auf der Regierung und der des Papstes, herrscht Friedensliebe, aber der Papst ist keine Person, sondern eine Institution, in deren Inneren die verschiedensten Stimmungen, monarchische und demokratische, vorhanden sind. Es ist also ein ganz fester Verlaß auf die Curie nicht. Auf die Anzeigepflicht lege ich keinen so großen Werth, aber die Frage der Orden macht mich besorgt. Daß ein Stand, der die Grundlage des bürgerlichen Lebens negirt, noch immer als der höhere ausgegeben wird, das birgt eine zu große Gefahr für unser Staatsleben in sich. Wir leben in einem Kampfe der Kirchen, wie er scharfer nicht geführt worden ist. Auf unserer Seite ist nie ein Scheitern angelautet worden (Widerpruch im Centrum), aber wohl unter den Dominikanern. Darin liegt die Gefahr für unsere Kirche. Man schneidet den Kampf um die Schule durch Zurücksetzung der Schulwesen schon jetzt an; diese Schwestern können ihre Aufgabe als Staatsbürgerinnen nicht erfüllen. Die Ursulinerinnen sollen in ihren Oberen die Person Christi leben. (Widerpruch im Centrum.) Das hat doch seine Bedenken, nicht confessioneller Natur, sondern vom staatsbürgerlichen Standpunkt aus. Die Regierungen früherer Jahrhunderte haben die Parität von dem Gesichtspunkt aus angesehen, daß sie die Vorkämpfer des Protestantismus seien. Friedrich der Große war so tolerant gegen Zulassung der Katholiken, daß man ihn als kryptokatholisch verdammt hätte, und doch erkennen wir ihn als Vorkämpfer des Protestantismus an. Friedrich Wilhelm III. erklärte sich gegen die Zulassung von Muniten, Einflüssen aus Rom oder „bergischen Subjekten“, wie es in dem damaligen Style heißt, und auch Friedrich Wilhelm IV. hat zu verschiedenen Malen seinen Standpunkt als Protector des Protestantismus dargelegt. Das Kräfteverhältnis zwischen beiden Kirchen ist augenblicklich für uns nicht günstig. Das Prestige der katholischen Kirche wird durch die Aktionen des Reichsfanzlers ins Unermeßliche erhöht, die Propaganda wird gestärkt in einer für die protestantischen Kirche gefährlichen Weise. Unsere Forderung an den Staat für die evangelische Kirche ist also berechtigt, namentlich für unsere Berliner Verhältnisse. Die Besorgung, wir könnten einen Kulturkampf hervorgerufen, ist hinlänglich; wir können gar keinen Kulturkampf führen. Ein Erpressungsmittel soll unsere Forderung keineswegs sein; wir sind durchaus bescheiden, wir wünschen nur eine ernsthafte Beschäftigung von Seiten der Regierung mit unseren Verhältnissen. Es muß uns größere Macht, auf die Massen des Volkes zu wirken, eingeräumt werden. So lange das nicht geschieht, so lange die Regierung, wie die letzten Worte des Herrn Reichsfanzlers gestern bezeugten, in ihrer Ablehnung verharrt, sehe ich mich verhindert, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) giebt eine ähnliche Erklärung, wie gestern Windthorst, ab. Die Polen werden für das Gesetz stimmen.

Damit wird die Debatte geschlossen, und es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen der Abgg. Brühl, Windthorst, von Eyern, Richter und von Hammerstein.

Zu erwähnen ist

Abg. Windthorst: Ich halte den Augenblick für so ernst und wichtig, daß es nur daran liegt, jedes unverstehliche Moment fern zu halten. Eines muß ich aber ganz bestimmt zurückweisen, daß ich nämlich auf die Abgg. Richter und Brühl eingewirkt habe, das ist eine durchaus willkürliche und nicht begründete Annahme. Ich bin der Ansicht, daß ich jeder Zeit bewiesen habe, den Muth zu haben, dem Herrn Reichsfanzler und Ministerpräsidenten das zu sagen, was ich habe sagen wollen. Dazu brauche ich andere Leute nicht.

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Ich muß feststellen, daß der Abg. Brühl nicht der Vater meines Antrages ist.

Abg. Eugen Richter: Herr von Eyern hat heute die Gelegenheit wahrgenommen, um seinen persönlichen Gefühlen gegen mich Ausdruck zu geben. Da ich es nicht für erforderlich hielt, meinen Wahlkreis gegen ihn persönlich zu vertheidigen, so hat er seiner Verstimmlung erst heute ihren Ausdruck zu geben vermocht. Er hat diese hochpolitische Verhandlung herabgezogen, indem er Kladderadatschwe über die „Freisinnige Zeitung“ producirt. Ich möchte mir den Wunsch erlauben, daß der geehrte Herr statt solcher Reproduktionen doch einmal ernsthaft versuchen wollte, selbstständig einen Witz zu machen. (Große Heiterkeit.) Im Rahmen der persönlichen Bemerkung kann ich nur das, was Herr v. Eyern thatsächlich in Bezug auf meine Person geäußert hat, richtig stellen. Herr v. Eyern hat einen offenen Brief von mir an meine Wähler aus dem Jahre 1873 citirt. Er hat aber nur diejenige Stelle citirt, worin ich mich für die Stärkung der Rechte der katholischen Kirchengemeinden aussprach, nicht aber diejenige Stelle, worin ich mich gegen eine Verstärkung der Staatsgewalt gegenüber der katholischen Kirche verwahrte. Darauf aber kam es gerade an. Ich muß daher dieses Citat hier nachholen. Um mich wegen meiner fühlenden und ablehnenden Haltung gegenüber der Maiegegebung von 1873 zu vertheidigen, schrieb ich schon damals, „Meine freie Uebersetzung ging bei der kirchenpolitischen Verhandlung dahin, daß die Einmischung des Staates in die Stellung der Geistlichen in Zukunft für Staat und Kirche ernste Gefahren in sich birgt, indem sie im Lauf der Zeit dazu führen muß, die Kirche zu einem Staatsinstitut, die Geistlichen zu unterwürfigen Dienern der jeweiligen weltlichen Machtgeber herabzudrücken. Ich führte also schon damals im Jahre 1873 genau dasselbe aus, was ich in meiner gestrigen Rede gegen die Bestätigung des Einspruchsrechtes geltend machte. Herr von Eyern hat mir vorgeworfen, daß ich die Schulen als Staatsanstalten zu Gunsten der Kirche aufgegeben habe. Das gerade Gegentheil davon ist aber die Wahrheit. Ich habe gestern ausdrücklich gesagt, daß ich eine Ausdehnung der Ordensfähigkeit auf die Schulen nur im Zusammenhang mit einer Befreiung des gesamten Privatunterrichts und einer Reform des öffentlichen Unterrichts wolle, welche jede confessionelle Einwirkung und jede Einwirkung kirchlicher Organisation auf öffentliche Schulen ausschließt. Das ist also das gerade Gegentheil dessen, was mir Herr von Eyern unterlegt. (Gehört richtig.) Herr von Eyern hat mir Schwärmerei für das Klosterwesen vorgeworfen. Köppler kann ein Protestant seine Meinung über die Klöster und

das Ordenswesen nicht fundgeben, als ich es gestern gethan habe. Ich bemerke, daß, wenn ich im Großen und Ganzen der bezüglich der künftigen Bestimmung zustimmen könne, dieselbe doch keineswegs demjenigen vollständig Ausdruck gebe, was ich für richtig halte. Über hätte Herr von Eyern noch von einer Schwärmerei des Reichsfanzlers-Ministerpräsidenten für Ordenswesen sprechen können nach dessen gestriger Rede. Sodann hat Herr von Eyern gemeint, daß ich und meine Partei die Regierung im kirchenpolitischen Kampfe verlassen, und daß nach diesem Unfallschlag des Reichsfanzlers seitens der mächtigen Fortschrittspartei der Reichsfanzler zu seiner Umkehr genöthigt worden wäre. Das gerade Gegentheil ist die Wahrheit. Der Reichsfanzler hat im Jahre 1880 mit der Abwicklung der kirchenpolitischen Gesetzgebung den Anfang gemacht, und dabei haben wir gerade diese erste Abdrückung nicht unterstützt. Hingegen hat Herr von Eyern für diese erste kirchenpolitische Novelle gestimmt, und zwar zusammen mit Herrn von Cuny den Ausschlag dafür gegeben. Herr von Eyern verwechselte mich also mit sich selbst. Das ist mir doch nicht ganz so schmeichelhaft, als wenn er mich, wie ich vorhin bemerkte, mit dem Reichsfanzler verwechselte, wenigstens zur Zeit noch nicht. (Große Heiterkeit.) Herr von Eyern hat sodann gemeint, ich sei päpstlicher als der Papst, und hat mir in meiner Haltung Rücksichten auf die Wahlen vorgeworfen und dergleichen. Nun, dieselbe Tonart hat auch der Reichsfanzler gehalten, und wie gestern der Reichsfanzler sang, so zwitschert heute Herr von Eyern (Heiterkeit). Ich richte deshalb meine persönliche Bemerkung auch nicht gegen Herrn von Eyern, sondern gegen den Herrn Ministerpräsidenten selber. Ich habe sonst bisher gemeint, daß es mit der Regelung des parlamentarischen Tones nicht zu vereinbaren sei, in dieser Weise, wie es der Herr Ministerpräsident gethan hat, dem Gegner Motive unterzuschieben. Ich kann darauf nur bemerken, dergleichen berührt mich nicht, und ist bloß ein Beweis des üblen Willens und der Neigung des Herrn Ministerpräsidenten, unwürdige Motive unterzuschieben, wie dieses den Herrn Ministerpräsidenten überhaupt charakterisirt. Es ist das auch für Niemanden etwas Neues. Nach wiederholtem Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Richter und von Eyern wird der Antrag auf Ueberweisung an eine Commission abgelehnt.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Volksschulleistungsgesetz.

Reichstag.

* Berlin, 22. April. Da sich das ganze Interesse des Tages auf die kirchenpolitische Discussion im Abgeordnetenhaus concentrirte, so tagte das Reichsparlament vor nahezu leeren Bänken. Die Tagesordnung bot auch nichts sonderlich anregendes außer der Vorlage über die Herabsetzung der Anwaltsgebühren. Indessen ist diese Materie in der Presse so eingehend behandelt worden, daß die Auslassungen der Redner vom Bundesrathstische wie aus dem Hause, als welche die Herren von Schelling, Porck und Munkel zu erwähnen sind, wenig neues brachten. Die Vorlage wanderte an die übliche Commission, aus welcher sie in dieser Session schwerlich zurückkehren dürfte. Montag steht bereits der verblühende Nachtragsetat — derselbe kündigt für Militärzwecke 320 Millionen Mehrausgabe an, wovon gegenwärtig etwa die Hälfte gefordert wird — zur ersten Lesung.

19. Sitzung vom 22. April.

Am Tische des Bundesrathes: v. Schelling. Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Novelle zum Gerichtskosten-Gesetz und zur Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte.

Staatssecretär v. Schelling: Als die Reichsjustiz-Gesetze zu Stande gekommen waren und die Gebührensätze geordnet werden mußten, war man sich von vornherein darüber klar, daß eine dauernde und befriedigende Festsetzung dieser Sätze mangels vorliegender Erfahrungen nicht möglich sei, daß es sich also um ein Experiment handle. Es stellte sich dann auch bald heraus, daß das Publikum sich durch die Proceßkosten sehr belastet fühlte, und die verbundenen Regierungen beileisten sich, die Gerichtskosten zu ermäßigen. Wenn wir jetzt nach acht Jahren auch an eine Revision der Anwaltsgebühren gehen, so ist wohl der Vorwurf am allerwenigsten berechtigt, daß diese Revision verfrüht sei. Bis zu Werthen von 10 000 M. soll Alles beim Alten bleiben, und die Abänderungen, welche vorgeschlagen werden, betreffen lediglich die Consequenz des Systems des Pauschquantums zu ziehen. Es sind dabei die Anregungen, welche früher aus dem Reichstag gekommen sind, berücksichtigt worden, und es ist durchaus darauf Rücksicht genommen worden, den Anwälten eine auskömmliche Situation zu sichern. Auch bei den Gerichtskosten ist, wo irgend zugänglich, eine Herabsetzung vorgeschlagen worden, aber allgemein durchführbar ist eine solche nicht, da diese einer Abminderung von den Proceßführenden auf die Allgemeinheit gleichkommen würde.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nationalist.): Die Vorlage geht zu einseitig vor, indem sie nur die Gebührensätze der Anwälte einer Revision unterzieht, während die wiederholt im Reichstag ausgesprochenen Wünsche sich gleichmäßig auf eine Revision der Gerichtskosten und der Anwaltsgebühren richteten. Der finanzielle Gesichtspunkt darf nicht der allein maßgebende sein bei der Revision, da die Rechtspflege eine der vornehmsten Aufgaben des Staates ist. Indem Redner auf einzelne Punkte der Vorlage eingeht, behält er sich die endgültige Stellungnahme für die zweite Lesung vor und beantragt Ueberweisung des Entwurfs an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Porck (Centrum): Die Gerichtskosten-Gesetze hat man allerdings zunächst versuchsweise eingeführt, aber die Anwaltsgebühren sollten als definitive gelten. Hier glaube ich, daß man etwas Bleibendes schaffen. Man hielt auch damals die Gebühren eher für zu niedrig, als zu hoch gegriffen. Jedenfalls bezeichnete man sie als mäßige. Ich habe deshalb meine gerechten Bedenken gegen die Herabsetzung der Anwaltsgebühren schon aus dem sehr gewichtigen Grunde, weil sich auf diese Gebühren hin eine Reihe von Anwaltsberufungen aufgebaut hat. Dazu, kaum gegründete Erwartungen zu vernichten, biete ich nicht die Hand. Die Revision, welche der Reichstag damals faßte, ging dahin, eine Revision für das Gerichtskosten-Gesetz und die Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher offen zu lassen, nicht aber dahin, die Anwaltsgebühren abzuändern. Mit den statistischen Unterlagen, welche man regierungsfähig für eine Revision der Kosten-Gesetze in Aussicht stellte, sind wir bis jetzt noch hingenommen worden, und es fehlt uns deshalb jeder genaue Anhalt. Die Klage über die zu hohen Gerichtskosten ist eine alte, sie ist hier im Hause wiederholt vorgebracht worden und hat sich eigentlich darauf beschränkt, daß man die kleinen Leute zu hoch belastet fand, niemals die Reichen. Will man eine Revision bei den Gerichtskosten eintreten lassen, so muß diese eine organische sein. Es ist deshalb zweifellos ungerecht, einseitig die Anwaltsgebühren herabzusetzen, und man müßte vor allen Dingen erst die Gerichtskosten-Gebühren herabmindern, was ohne jeden Nachtheil geschehen kann. Die Vorlage entspricht den Erwartungen, welche man an eine Revision des Gerichtskosten-Gesetzes geknüpft hat, keineswegs. Zuversichtlich war es notwendig, statistische Unterlagen zu schaffen, und so lange diese fehlen, sind neue Fehler unvermeidbar und man ist nicht in der Lage, der Frage ernstlich näher zu treten. Daß die Gerichtskosten herabgesetzt werden, scheint mir durchaus richtig. Ich führe einen Fall hier aus einer Zeitung an, wo die Zustellungsgebühren bei einem Ehepaar, wobei es sich um das Object von 1 Mark handelte, bis auf 17 Mark angewachsen waren, weil ein Termin nicht zu Ende geführt werden konnte, und die Zustellung getrennt an den Ehemann und die Ehefrau erfolgt war. Das sind allerdings Summen, die zu denken geben. Hier wird eine Herabsetzung wohl am Plage sein. Jeder organische Revision müßte ich also das Wort reden, aber eine Vorlage, wie diese, ist für mich nicht acceptabel, weil sie grade das Vermessen und Unberücksichtigte läßt, was an Wünschen aus diesem Hause laut geworden ist. Was nun die Herabsetzung der Anwaltsgebühren anlangt, wie sie der Gesetzentwurf vorliegt, so macht es auf mich den Eindruck, als ob man sich gefragt hätte: „Wo verbient der Anwalt etwas?“ und hätte ihn an allen den Punkten, wo er etwas verdient, beschnitten. Mit einer langsamen progressiven Ermäßigung der Gebühren bei großen Streitobjecten würde ich mich einverstanden erklären können, aber ich sträube mich gegen jede Aenderung, so lange als man nicht auch die Gerichtskosten herabsetzt. Redner geht dann noch auf einige Punkte der Vorlage, soweit sie die Abänderung der Gebühren der Anwälte betreffen, näher ein, und schließt sich in Bezug der in Aussicht genommenen geringeren Schreibgebühren und Reisekosten der Ausführung des Abg. Dr. Meyer-Jena an. Redner faßt sich schließlich dahin zusammen, daß er für eine Ermäßigung der Proceßkosten stimmen würde, aber nur im Zusammenhang mit einer organischen Revision. Diese sei so lange auszuweisen, bis

eine Hauptrevision des Gerichtskosten-Gesetzes eingetreten sei. Für den vorliegenden Gesetzentwurf könne er sich nicht erwärmen. Gegen eine Commissionsberathung habe er jedoch nichts einzuwenden.

Abg. Ober-Regierungsrath v. Lenthe: Daß der Rechtsanwaltsstand als solcher intact erhalten werde, ist allerdings ein Verlangen, dem sämtliche verbündete Regierungen ihre Zustimmung geben. Aber es ist doch von den verschiedenen Seiten anerkannt worden, daß die Einnahmen der Anwälte eine Herabsetzung der Gebühren bequem ertragen können. Statistische Nachweise über die Einnahmen der Anwälte würden irrelevant sein, weil sie sich im Großen und Ganzen einem bestimmten Nachweis entziehen. Es genügt auch hier die einfache Schätzung, und das, was wir aus dem Leben der Anwälte wissen und sehen, gestattet einen so ziemlich sicheren Rückschluß. Von dem Pauschal-system entfernt sich der vorliegende Gesetzentwurf nicht, wie hier angedeutet worden ist. Es hat aber das Pauschal-system durchaus nicht den Sinn, daß es einen Ausgleich zwischen den einzelnen Gebühren herbeiführen soll, sondern vielmehr den, daß man durch Festsetzung eines Pauschals nur sagen will: „Es ist gleich, ob Dir diese Sache etwas mehr Mühe macht, als eine andere.“ Also man will nur die Mühsamkeit nicht besonders stipuliren. Wenn man den verbundenen Regierungen den Vorwurf macht, daß sie noch immer eine organische Revision des Gerichtskosten-Gesetzes nicht in Vorschlag gebracht haben, so ist dies ja richtig, aber die verbundenen Regierungen haben doch auch nicht die Verpflichtung übernommen, ohne die nöthigen Erfahrungen eine Verminderung der Gerichtskosten herbeizuführen. Die Revision vom Jahre 1881 betrachten wir deshalb nicht als eine endgültige.

Abg. Munkel (Dfr.): Der Entwurf entspricht nicht dem Bedürfnisse des Publikums, die Proceßkosten überhaupt herabzusetzen, dem Bedürfnis, welches im Reichstage wiederholt als ein berechtigtes anerkannt worden ist. Durch die Annahme der Vorlage würden die Klagen des Publikums über die Höhe der Gerichtskosten nicht beseitigt. Jemanden in seinem Einkommen beschränken, kann doch nur geschehen, wenn eine zwingende Nothwendigkeit dazu vorliegt. Das vorliegende Gesetz treffe auch nur diejenigen Anwälte, deren Einkommen überhaupt ein beschränktes sei, während die schon jetzt günstig situirten Anwälte trotz dieses Gesetzes doch ein ausreichendes Einkommen haben. Offenbar wolle man auch nur die jungen Leute durch dieses Gesetz von der Anwalts-carriere abhalten. Doch liegt dies keineswegs im Interesse des Publikums. Auch könne der Staat die Existenzbedingungen, die er selbst geschaffen, nicht so ohne weiteres wieder aus der Welt schaffen. Man dürfe nicht dahin gelangen, daß auch die Anwälte billig und schlecht arbeiten.

Geheimer Ober-Regierungsrath von Lenthe betont nochmals, daß eine gefammte Reorganisation des Gerichtskosten-Gesetzes zur Zeit nicht möglich sei, daß über die Vorlage sämtliche Anwaltskammern im deutschen Reich befragt worden seien. Das Reichsjustizamt sei also keineswegs bei Einbringung des Entwurfs über die Meinung der Anwälte im Unklaren gewesen.

Abg. Kurh (cons.) erblickt in der Beschränkung der Rechtsanwaltschaft das beste Mittel für einen gesunden, pecuniär gut dotirten Anwaltsstand. Die Freigabe der Advocatur sei der größte Mißgriff gewesen, welchen man machen konnte. Was die Vorlage im Besonderen angehe, so seien die Reisevergütungen und die Schreibgebühren mit vollem Recht reducirt worden. Der Commissionsberathung stimme er zu.

Der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Commission wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Nachtrags-Stat, Anleihengesetz und Novelle zum Quartierleistungsgesetz.

* Berlin, 22. April. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung bezw. Ergänzung des Gesetzes, betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1863, sowie des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 zugegangen.

* Berlin, 22. April. In der Mittheilung, daß Coadjutor Stumpff in Straßburg Fürsibischof von Breslau werden solle, bemerkt die Kreuzzeitung, diese Mittheilung begegnet an beachtenswerther Stelle mancherlei Zweifeln. Zunächst haben dem Vernehmen nach über die Besetzung des Fürsibisthums Breslau in den letzten Wochen keine Verhandlungen stattgefunden, was angesichts der bekannten Abmachungen zwischen der preussischen Regierung und dem Vatican mit Bezug auf die kirchenpolitische Vorlage wohl erklärlich ist. Dann aber wird es als sehr unwahrscheinlich bezeichnet, daß der Coadjutor des Bisthums Straßburg mit dem Rechte der Nachfolge, Dr. Stumpff, für Breslau auserselben sei. Wie es heißt, war der Name des Straßburger Prälaten bei den bezüglichlichen Verhandlungen bisher gar nicht genannt. Auch ist die Meldung, daß die Besetzung des Breslauer Fürsibisthums durch eine unmittelbare Vereinigung zwischen der preussischen Staatsregierung und der päpstlichen Curie erfolgen werde, nicht neu. Schon vor längerer Zeit wurde aus Breslau berichtet, daß das Domcapitel diesmal auf sein Vorschlagsrecht verzichtete. Außerdem sprechen auch mehrere Gründe dagegen, daß die Wahl auf Dr. Stumpff fallen könnte. In der Wahl des Bischofs Stumpff zum Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge ist bei der etwaigen Erledigung des Straßburger Bisthums bereits die Frage der Wiederbesetzung entschieden. Durch seine Abberufung würde man diesen Vortheil wieder aufheben. Dr. Stumpff ist auch außerhalb Preußens erproben und ausgewachsen und daher mit den Verhältnissen in Preußen nicht so vertraut, wie mit den elsaß-lothringischen.

* Berlin, 22. April. Aus Wien wird gemeldet: „Außer den bereits vorausgabten 24 Millionen Gulden von dem 52-Millionen-Credit verlangte der Kriegsmiister noch weitere 9 Millionen zur Beendigung der Ausrüstung der Armee. Beide Ministerpräsidenten verweigerten diese Summe und wollten nur 6 Millionen bewilligen. Bei einem gemeinsamen Ministerrath siegte der Kriegsmiister. Im Ganzen werden sonach von 52 Millionen Eventualcredit 33 vollständig verbraucht. Kalnoky stellte im Ministerrathe die Situation als friedlich dar. Aus dieser friedlichen Auffassung erklärt sich auch der Urlaub des Kriegsministers. Graf Blyandt wird sich seiner Gesundheit wegen sechs Wochen in Meran aufhalten.“

* Berlin, 22. April. Die „Vossische Zeitung“ erhält über die Affaire Schnäbele aus Paris folgendes Privattelegramm: Die französische, nichtamtliche Darstellung des Sachverhalts des Falles Schnäbele ist folgende: „Am Freitag Abend erhielt Schnäbele vom deutschen Cantonalcommissar Gautsch in Ars sur Moselle einen Brief, der ihn einlud, sich am Montag an die Grenze zu begeben, und dort mit ihm zusammenzutreffen, da er ihm wichtige dienstliche Mittheilungen machen wolle. Schnäbele ging zum Treffort, einem Grenzpfahl zwischen Arnville und Novacant. Gautsch kam aber nicht. Tags darauf erhielt Schnäbele einen Entschuldigungsbrief und eine neue Aufforderung zu einer Begegnung. Er entsprach derselben am Mittwoch Nachmittag. Wieder war Gautsch nicht beim bezeichneten Grenzpfahl, doch sah Schnäbele einen Mann in weißer Blouse auf sich zukommen, vor dem er sich auf französisches Gebiet zurückzog, das er um einige Schritte verlassen hatte. Ein zweiter Blousenmann, der bis dahin in einem Weinberg am Straßerand versteckt gewesen war, sprang nun ebenfalls herbei und beide fielen nach kurzem Gespräch über den französischen Commissar her. Ein Kampf entstand, in welchem Schnäbele zuerst einen Angriff zu Boden schlug, doch schließlich überwältigt und mit Handschellen gefesselt wurde. Er schrie um Hilfe, worauf Bauern herbeieilten. Vor diesen erklärten die Blousenmänner jedoch, daß sie deutsche Polizeientagenten seien, schleppten Schnäbele über die Grenze, brachten ihn zu Fuß nach Novacant und dann mittelst Eisenbahn nach Metz, wo er in Gefängniß geschafft wurde. In Metz ging gestern das Gerücht, er sei ein Spionage angeklagt und bereits nach Leipzig weiter gebracht, doch ist letzteres unbestätigt. Auf telegraphische Anfrage, ob Frau Schnäbele ihre

Frankfurt a. M., 22. April, 7 Uhr — Min. Creditactien 225, 25.

Staatsbahn 188, —. Lombarden 64½. Galizier 164, 37. Ungar. Goldrente 80, 80. Egypter 75, 05. Mainzer —. Portugiesen 93, 70. Mat.

Marktberichte.

F.E. Breslau, 22. April. [Colonialwaaren-Wochenbericht.] Die gegenwärtige Berichtswoche war geschäftlich ziemlich belebt und würden in den Hauptartikeln Kaffee und Zucker wie in verschiedenen anderen weit stärkere Umsätze gemacht worden sein, wenn entsprechend der hervorgetretenen Frage theils loco mehr geboten werden konnte, theils aber auch Abgeber bei ihren Preisforderungen weniger stramm gehalten hätten. Bei Zucker hatte sich die bereits in der Vorwoche gebesserte Notiz sämtlicher gemahlener Sorten ferner sehr befestigt und schliesslich gesteigert. Brode wurden ebenfalls nicht mehr zur Vorwochennotiz gegeben und Bruchzucker wie gute hellgelbe Farine waren loco fast gar nicht zu beschaffen. Von Kaffee sind alle Marken wesentlich preis höher gegangen und haben Domingos, Campinas und alle loco greifbar gewesenen P.r.kaffees besonders gute Beachtung gefunden, während nach dem abermals günstigen Ablauf der Holländischen Auction sich auch auf Javass grössere Aufmerksamkeit lenkte. Von Gewürzen war Pfeffer mehr als bisher angeboten und daher Abgeber verkaufswilliger. Dasselbe Verhältniss machte sich bei Fett geltend und Petroleum ist zu ungefährem Vorwochenpreise zumeist loco gehandelt worden.

Hamburg, 21. April. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Spiritus: per April-Mai 24½ Br., 24½ Gd., per Mai-Juni 25 Br., 24½ Gd., per Juni-Juli 25½ Br., 25 Gd., per Juli-August 26 Br., 25½ Gd., per August-September 26½ Br., 26½ Gd., per Sept.-October 27½ Br., 27½ Gd. — Tendenz: Fest.

Schiffahrtsnachrichten.

Oderschiffahrt. Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft. Eingetroffen am 19. April per Dampfer „Silesia“ und „Breslau“ vom Zuge des Dampfers „Henriette“. Die Schiffer Pardemann mit Getreide ab Stettin, Kühne mit Getreide ab Stettin, Karsunke mit Gütern ab Hamburg, Kube mit Gütern ab Hamburg, Steuermann Landvoigt mit Schwefelkies ab Stettin.

Abgeschwommen am 22. April: Dampfer „Hartlieb“ mit den Schiffen Gramsch mit Zucker und Glätte nach Stettin, Liebig mit Zink und Lupinen nach Berlin, Lenk mit Zucker, Cellulose und Blei nach Stettin. Rhederei Chr. Priefert. Angekommen sind am 20. April: Dampfer „Albertine“ und am 22. April Dampfer „Martha“ und „Alfred“ mit je acht leeren Fahrzeugen.

Abgegangen sind am 21. April: die Dampfer „Wilhelm“ und „Albertine“, mit Zucker, Melasse und diversen Gütern beladen, dieselben nehmen unterwegs je zwei mit Zucker und Stückgütern beladene Kähne ins Tau.

Erwartet wird: Dampfer „Agnes“, Capt. E. Hahn, mit Strm. H. Hoffert von Stettin mit diversen Gütern; E. Kämer ab Saathen mit Salz; A. Witte ab Saathen mit Petroleum und einer leeren Zille. — Dampfer „Koinonia“, Capt. Feister, von Stettin mit Heringe und Strm. W. Noak von Stettin mit diversen Gütern; A. Dickmann von Hamburg mit div. Gütern; Aug. Hoffert von Hamburg mit Mais und div. Gütern; Carl Zander von Hamburg mit Mais und div. Gütern; Carl Tietze von Stettin mit Petroleum.

Neue Oderschiffahrt-Gesellschaft Leichtertritt und Hoffmann. Angekommen von Oppeln: Dampfer „Posen III“ mit 2 mit Zucker, Eisen und Blei beladenen Kähnen.

Erwartet werden für den 23. resp. 24. d. M. ab Stettin: Dampfer „Nr. II“ mit Steuerleuten: Ernst Höppner, beladen mit Reis, Roheisen, Thran; Wilh. Koy, beladen mit Reis und Roheisen; Carl Bredow, beladen mit Schwefelkies; Tamtert, beladen mit Stückgütern und Syrup, sowie 5 leeren Fahrzeugen ab Brieskow.

Ferner werden erwartet Dampfer „Nr. I“ mit 13 leeren Fahrzeugen ab Brieskow. Dampfer „Gr. Glogau“ ab Stettin mit Steuerleuten: Rob. Krüger, Wilh. Tarun, W. Neusch, Paul Meutz, Jos. Ulbrich, sämtlich beladen mit Schwefelkies, und Steuermann Fr. Bleisch mit Petroleum, sowie 4 leeren Fahrzeugen ab Brieskow.

Abgeschwommen Dampfer „Posen III“ mit 2 mit Zucker, Eisen, Blei und Zink beladenen Schleppern für Stettin und Hamburg.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 22. April. [Schwurgericht. — Betrügerischer Bankrott. — Wissentlicher Meineid bezw. Anstiftung zum Meineid.] In dem Proceß gegen den Kaufmann Hermann und Genossen, welche wegen betrügerischen Bankrotts bezw. Beihilfe dazu im April 1885 vor den Geschworenen standen, trat auch ein Commis (derselbe heißt Eugen Klinkert) als Zeuge auf. Der betreffende Zeuge war so schwüchlich, daß er überhaupt nur dann antwortete, wenn ihm der Angeklagte Hermann den Auftrag dazu erteilte. Klinkert faulste nach Beendigung seiner einjährigen Militärdienstzeit im März 1886 von der vermittelten Grünberg deren solide eingerichtete Cigarrenfabrik, welches Gartenstraße 23e belegen war. Als Kaufsumme mußte Klinkert 1000 M. entrichten, diese hatte er zu dem erwähnten Zweck von seinem Bruder bezw. seiner Schwägerin erhalten. Klinkert ergänzte alsbald die Vorräte des Geschäfts, indem er von circa 30 auswärtigen Cigarrenfabrikanten und Händlern, Cigarren, Cigarretten, Pfeifen, Cigarrenspitzen, Stöcke etc. bezog. Die Bezahlung der bestellten Waaren erfolgte in der allgemein üblichen Weise, das heißt, Klinkert stellte für die facturirten Beträge Wechselaccepte aus, welche nach 3 Monaten fällig waren. Die betreffenden Accepte löste er auch mit dem inzwischen für die verkauften Waaren eingemommenen Gelde pünktlich ein. Selbstverständlich verlangte und erhielt er jezt neue und zwar größere Beträge creditirt. Als die neuen Accepte fällig waren, hatte Klinkert bereits sein Cigarrengeschäft verkauft, er selbst war nach Wien flüchtig geworden. Die von einzelnen Gläubigern beantragte Concursöffnung wurde seitens des Gerichts wegen Mangels jeder Deckungsmasse abgelehnt.

Das Geschäft des Klinkert war von demselben laut notariellem Vertrag vom 17. September an den Agenten Wilhelm Heinze bezw. an dessen Mutter, die vermittelte Schneidermeister Rosalie Heinze geb. Markus, verkauft worden. Heinze hatte nämlich schon einmal Bankrott gemacht, er konnte deshalb mit Rücksicht auf seine unbefriedigte geliebten Gläubiger ein Geschäft für eigene Rechnung nicht übernehmen. Frau Rosalie Heinze zahlte 400 M. als Anzahlung an Klinkert, außerdem wurden noch für 200 M. wertvolle Wechsel-Accepte gegeben. Die auf Betreiben der Gläubiger eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die durch Frau Heinze angekauften 400 M., mit denen Klinkert flüchtig geworden war, ihr vor dem Gange zum Notar von Klinkert selbst eingekündigt worden waren. Den größeren Theil dieser Summe hatte er in folgender Weise erworben: Auf Betreiben des Heinze erlöschten am 14. September der diesem bekannte Cigarrenhändler Samuel Wehner im Geschäft des Klinkert. Es wurde ihm seitens des Verkäufers der Verkauf des größeren Postens Waare, darunter ca. 40 Mille Cigarren verschiedener Sorten, angeboten. Der

alsbald baar zu erlegenden Kaufpreis sollte 1000 M. betragen. Wehner erklärte, daß er Stöcke, Cigarrenspitzen etc. nicht kaufe, für Cigarren würde er dagegen Abnehmer sein. Am nächsten Abend überbrachte ihm Heinze mittels Drofschke ca. 40 Mille Cigarren nach seiner Wohnung. Der Preis wurde auf insgesamt 475 M. verabredet, davon bezahlte Wehner 375 M. baar, von diesem Betrage behielt Heinze 60 M. als „Biergelb“ für sich, Klinkert erhielt also 315 M. ausgehändigt. Dies war der größere Theil der Summe, welche er dann der Frau Heinze zur nochmaligen Ablieferung an ihn selbst einhändigte.

Klinkert war von Wien nach Berlin gegangen, als er auch hier keine ihm passende Stellung fand, da fehrte er am 20. October nach Breslau zurück. Er meldete sich in vorchriftsmäßiger Weise bei der Polizei an, darauf wurde er bereits an einem der nächsten Tage verhaftet, denn die Polizei hatte ihn unter den „Zur Verhaftung gefuchten Personen“ im Notizblatt stehen.

In der gegen ihn geführten Untersuchung bestritt Klinkert, daß er den Verkauf an Wehner und die Uebergabe des Geschäfts an Heinze, der übrigens inzwischen auch flüchtig geworden war und bis heute noch nicht aufgefunden werden konnte, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, vorgenommen habe. Außer den sonstigen Belastungsmomenten sprachen für diese Annahme auch einige Briefe, welche bei ihm und einzelnen seiner Verwandten beschlagnahmt worden sind. In einem Briefe an seine Cousine hatte er von Berlin aus geschrieben: „Es ist vorbei — Der schöne Mai — Die schöne Zeit der Liebele — Und der Betrüger.“ In einem anderen Briefe an einen seiner Freunde machte er die Mittheilung, er habe in Berlin die Frau seines ehemaligen Principals, des jezt im Zuchthause sitzenden Bankrotteurs Herrmann aufgesucht, diese habe ihm nach Erzählung dessen, was er gethan und in welcher Weise er sich seines Geschäfts entäußert habe, gesagt, da könne ihm gar nichts passieren, er solle beruhigt nach Breslau zurückkehren. Daraufhin ist er auch wirklich wieder befreit. Er fand sein ehemaliges Geschäft geschlossen vor, der Hauswirth hatte die vorhandenen Waaren für restirende Miete in Beschlag genommen. So Klinkert, wie beabsichtigt, den Kauf wieder rückgängig machte, wurde er verhaftet.

In der heutigen Verhandlung vor den Geschworenen beharrte Klinkert bei der Behauptung, er habe gegen seine Gläubiger nicht betrügerisch gehandelt. Der Concursverwalter und gerichtliche Sachverständige Kaufmann Ferdinand Landsberger befandete, daß Klinkert für circa 3300 M. Waaren gegen unbezahlt gebliebene Accepte bezogen hat. Bei reeller Beendigung seines Geschäfts hätten die Gläubiger circa 50 pSt. ihrer Forderungen erhalten können, in Folge der Beiseiteziehung sind sie fast Alle leer ausgegangen. In der Waare bestanden für circa 1300 M. Waare, die an Wehner verkauften Cigarren haben nach ungefähre Schätzung einen Facturenpreis von circa 800 M. gehabt und dafür hat Klinkert 315 M. erhalten.

Herr Staatsanwalt Lindenberg erachtete den Angeklagten des betrügerischen Bankrotts für völlig überführt, indem er sowohl Waaren bei Seite schaffte, als auch ein erdichtetes Rechtsgeschäft (Verkauf an Heinze) aufstellte. In längerer Auseinandersetzung mit dem Vertheidiger Herrn Rechtsanwalt Sohn II, der sich seines Klienten mit großer Wärme annahm, bestritt der Staatsanwalt das Vorhandensein mildernder Umstände. Der Vertheidiger plaidirte im Allgemeinen für Freisprechung seines Klienten, weil diesem schon wegen mangelnder Intelligenz nicht zugekannt werden kann, er habe mit dem Bewußtsein oder der Absicht gehandelt, seine Gläubiger zu schädigen. Mindestens aber erachtete er alle Momente dazu angehen, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden könnten.

Die Geschworenen entschieden für Schuldig mit mildernden Umständen. Klinkert wurde deshalb seitens des Gerichtshofes zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Exterisult verurtheilt.

Der Herr Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis in Antrag gebracht. In getrigger Sitzung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Verurtheilung des Badergeßellen Franz Kajube aus Kostenblut, und zwar erhielt derselbe für willkürlichen Meineid 1 Jahr Zuchthaus und Exterisult, auch wurde er dauernd für unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger fungiren zu können. Der wegen Anstiftung zu diesem Meineide mitangeklagte Badergeßelle Paul Kirchstein aus Breslau wurde seitens der Geschworenen für Nichtschuldig erklärt und demzufolge freigesprochen und aus der Untersuchungshaft entlassen.

Waldburg, 19. April. [Beleidigungsproceß.] In der heut vor der hiesigen Strafkammer stattgefundenen öffentlichen Verhandlung gegen den früheren Reichstagsabgeordneten von Winkemann in dem Beleidigungsproceße, welcher auf Antrag von über 70 fürstlich von Pleßschen Beamten von der königl. Staatsanwaltschaft eingeleitet worden war, erwiehen, wie wir dem „Waldb. Hausr.“ entnehmen, der Angeklagte persönlich und vertheidigte sich selbst. Der Nebenkläger, fürstlicher Generalbevollmächtigter Dr. jur. Ritter, war durch den Rechtsanwalt Gröger II aus Schweidnitz vertreten. Staatsanwalt Stchow beantragte 500 Mark Geldbuße und Publicationsbefugnis für die Beleidigten. Die Verkündigung des Urtheils wurde bis Dienstag, den 26., ausgesetzt.

Vorträge und Vereine.

Der Bezirksverein der Odervorstadt hielt am 21. d. Mts. in der Enderschen Bierhalle (Bismarckstraße) seine letzte Sitzung vor den Sommerferien ab. Der Vorsitzende, Expeditions-Vorsteher Melcher, theilte zunächst das Wort dem Stadtverordneten Geier zu einigen gemeinsamen Mittheilungen. Letzterer verlas zuerst eine recht interessante Zusammenstellung derjenigen Summen, welche innerhalb der letzten zehn Jahre aus den etatsmäßigen Mitteln zu Pflasterungszwecken für die einzelnen Stadtgebiete verwendet worden sind. Aus dieser Zusammenstellung ging hervor, daß nächst dem Sandthor, auf welches etwa 85 100 Mark entfallen, das Dorthor mit ca. 184 681 M. am schlechtesten davon gekommen sei, während in der Ohlauer, Schweidnitzer und Nicolai-Vorstadt, sowie in der inneren Stadt je über 300 000 M. während der angeführten Periode verplästert worden sind. In Anbetracht dieser für die Odervorstadt wenig günstigen Ziffer, jedoch mehr aus volkster Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit der möglichst baldigen Weiterpflasterung der Matthiasstraße, nahm die Versammlung den später vom Stadtverordneten Hauske gestellten Antrag an, bei dem Magistrat und dem Polizeipräsidenten zugleich um die Pflasterung der Matthiasstraße zu petitioniren. Eine zweite Mittheilung des Stadtverordneten Geier bezog sich auf die auf Antrag der Sicherheits-Deputation genehmigte und bereits in Ausführung begriffene Verbesserung in der Beleuchtung der Straße, welche nach den in der Odervorstadt belegenden Kirchhöfen hinlänglich. Hiernach erhält vom 1. künftigen Monats ab die Kirchhauerstraße von der Trebnitzer Chaussee bis zur „Augusthöf“ Gasbeleuchtung, die noch übrige Strecke wird durch Petroleumlampen ausreichend beleuchtet werden. Endlich sprach Stadtverordneter Geier noch über die Verhandlungen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Besondere Befriedigung rief in der Versammlung die Mittheilung hervor, daß der zwischen dem Magistrat und dem Circussbesitzer Schumann abgeschlossene Vertrag von der Stadtverordneten-Versammlung, wenn auch in modificirter Form, angenommen worden sei. Bezüglich des zweiten

Punktes der Tagesordnung, Bewilligung von Gelbern zu Sommer-Ausflügen des Vereins, beschloß die Versammlung, dem Vortrage des Mauermeisters und Stadtverordneten Urban über schlesische Burgen, welcher reichlichen Beifall erntete. Im Fragekasten fand sich eine Frage, nach deren eingehender Discussion von der Versammlung beschlossen wurde, den Stadtverordneten Urban zu beauftragen, daß er als Mitglied der Baudeputation in der nächsten Sitzung derselben die Verbreiterung, beziehungsweise Einhaltung der richtigen Fluchtlinie auf der Paulinenstraße vom Matthiasplatz bis zur Mehlgaße im Namen des Bezirksvereins der Odervorstadt zur Sprache bringe.

d. Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere. In der letzten Vorstandssitzung machte der Vorsitzende, königl. Departements-Thierarzt und Veterinär-Major Dr. Ulrich, zunächst die Mittheilung, daß ein Herr eine Prämie von 20 Mark ausgesetzt habe für den, welcher den zur Anzeige bringt, der den großen, prachtvollen Hund des auf der Ohlauerstraße 79 wohnenden Herrn Schneider so mit Vitriol begossen hat, daß er vergiftet werden mußte. — Das Polzet-Präsidium theilt mit, daß 38 Schutzleute, welche sich im letzten Quartal um die Thierschutzvereine verdient gemacht haben, mit 75 M. prämiirt worden seien. Gleichzeitig geht dem Vereine die Nachricht zu, daß der hierfür bestehende Prämiensfonds, welcher seiner Zeit vom Oberpräsidenten von Nordenskiöld gegründet worden, nureinen Bestand von 91,50 M. aufweist, nachdem demselben vom Geh. Commerzienrath Heimann 200 M. geschenktweise überwiesen worden sind. — Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden wird der diesjährige Verbandstag schlesischer Thierschutzvereine am 11. und 12. Juni in Regensburg stattfinden. Anträge für die Tagesordnung sind seitens der Verbandsvereine bis zum 1. Mai cr. an den Verbands-Vorsitzenden, Herrn Dr. Ulrich-Breslau, einzureichen. Vom diesseitigen Vereine werden folgende Thematika für die Tagesordnung angemeldet: 1) die Beschürzung der Pferde; 2) der Vorzug des Rindes vor dem Stierhock beim Rindvieh und 3) die Ausbreitung der Thierschutzvereine in der Provinz, namentlich im Regierungsbezirk Oppeln. — Zum Schluss wurden die eingegangenen Drucksachen zur Kenntniz der Anwesenden gebracht.

Vom Standesamte. 22. April.

Aufgebote.

Standesamt I. Härtel, Ernst, Arb., ev., Vorderbleiche 4, Stempel, Maria, L., ebenda. — Freitich, Josef, Feldwebel und Schlachtfeld-Aspirant, f., Vorderbleiche 4, Schürer, Clara, ev., Jägerstraße 1. Standesamt II. Veris, Bernh., Kaufm., mof., Berlin, Wendriner, Betty, mof., Freiburgerstraße 30. — Leopold, Josef, Affec.-Buchhalter, f., Friedrich-Carlstraße 40, Menzel, Emma, ev., Friedrich-Carlstraße 15.

Bergnügungs-Anzeiger.

* Ventriologue-Theater. Zu den Leipziger Quartett- und Concert-Sängern, welche bereits seit mehreren Tagen im Concertsaale auf der Gartenstraße gastiren und allabendlich besonders mit ihren humoristischen Vorträgen lebhaften Beifall ernten, hat sich nun einer der hervorragendsten Baudredner, die wir bisher gesehen, Herr Otto Nürnberg, gesellt. Herr Nürnberg führt uns zunächst eine kleine Collection Pappemenschchen, Androiden, vor, mit denen er, gleichzeitig ihre Bewegungen in geschickter Weise dirigend, komisch-launige Unterhaltung pflegt. Jede dieser Figuren verfügt über ihr individuelles Organ und spricht, singt, lacht, weint, nicht in ihrem Charakter entsprechenden eigenen Weise. Man ist thatsächlich vollkommen in der Illusion befangen, daß diese nachgemachten Menschen selber sprechen, während doch alle Laute nur von dem überaus mobilisationsfähigen Organe des Bauch- oder richtiger Brustredners hervorgebracht werden. Großen Effect machte die nächste Nummer, „der Zahnpatient“, in welcher Herr Nürnberg als Zahnarzt in vollendeter Weise einen Dialog mit einem nur gedachten Zahnpatienten vorführt. Den Beschluß des Abends bildete die Diamantine, der frei in der Luft schwebende, lebendige, singende Kopf, ein würdiger Pendant zu der seiner Zeit vielbewunderten Dame ohne Unterleib. Die Täuschung ist hier eine vollkommene, da weder Spiegel, Kasten, Tische oder dergl. auf der Bühne vorhanden sind, die den Rumpf verdecken könnten; und doch sieht man deutlich, daß der Kopf ein wirklich lebender ist. Die Vorführungen des Herrn Nürnberg erregen lebhaftes Staunen und ernten demgemäß reichen Beifall.

Schwarze Seidenstoffe von Mark 1.25 bis 18.65 p. Met. (ca. 150 versch. Qual.) — Atlasse, Faille Française, Moscovite, Moirée, Sicilienne, Ottoman, „Monopoli“, Rhadames, Grenadines, Surah, Satin merveilleux, Satin Luxor, Damaste, Rippe, Taffete etc. — versch. roben- und stückweise vollstet in's Haus das Seidenfabrik-Depot G. Heineberg (R. u. R. Hofstet.), Zürich. Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto. [4514]

Wahlmänner-Versammlung
Sonabend, den 23. April 1887, Abends 8 Uhr,
im großen Saale des Café restaurant.

Tagesordnung:
Die Nominirung des Candidaten.
Eingeladen sind alle Wahlmänner, die mit uns stimmen wollen. [4950]

Das Wahlcomité
der deutsch-freisinnigen Partei.

Gesundheits-Pflege-Verein.
Die statutenmäßige General-Versammlung findet statt:
Sonntag, den 24. April d. J., Nachmittags 4 Uhr,
im Prüfungs-Saale der höheren Töchter-Schule, Alte Taschenstraße 26/8.
[2300] Der Verwaltungsrath.

Die Malz-Extract-Präparate
mit der Schutzmarke „Miste Nichte“ von L. H. Platsch & Co.
in Breslau haben sich als Hausmittel bei Husten, Heiserkeit, Katarrh, Asthma, Brust- und Halsleiden freis bewährt und werden allseitig empfohlen, auch sind die Malz-Extract-Caramellen als Hustenbonbons überaus beliebt. Zu haben in Breslau in der Kränzelmart-Apotheke, Gintermarkt. [3571]

Actien-Gesellschaft
Breslauer Zoologischer Garten.
Zu der ordentlichen
General-Versammlung
am Dienstag, den 24. Mai d. J., Nachm. 4 Uhr,
im kleinen Saal des Restaurations-Gebäudes
im Zoologischen Garten
werden die Actionäre hiermit eingeladen.
Jeder Actionär hat sich durch Vorzeigen der auf ihn lautenden Aktien zu legitimiren.
Tages-Ordnung.
1) Geschäftsbericht des Directoriums pro 1886.
2) Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung pro 1886 und Ertheilung der Dividende.
3) Wahl der beiden Rechnungs-Revisoren pro 1887. [4973]
Breslau, den 23. April 1887.
Das Directorium.
Eckhardt. Neddermann. Beck.

Am 26., 27. u. 28. April c.
Ziehung der [4620]
Marienburger
Gold-Lotterie.
Hauptgewinne:
90,000, 30,000, 15,000, 2 à 6000, 5 à 3000 M. etc.
Loose à 3 M., ½ Anthelle à 1,70 empfiehlt und verendet
Carl Heintze.
Alleinige General-Agentur.
Berlin W., Unter den Linden 3.
Auf 10 Loose ½ Treilos. — Zehn halbe Loose 15 M.

Reisszeuge,
sowie einzelne Theile derselben für Techniker und
Schüler in bester Qualität und grösster Auswahl
Werkstatt für Reparaturen
Optiker,
[4754] Gebr. Cuno, Nr. 1, Albrechtsstr. Nr. 1.
Jod- und Bromhaltiges Soolbad
Goczalkowitz bei Pleß OS.
offerirt frische Füllung concentrirter [1264]
Sooles, Mineralbrunnen, Soolsalz u. Soolseife.
Von ausrangirten Garnituren
gebe einzelne Duende Gläser, ebenso Zeller und
Schüsseln wesentlich unter Preis ab.
Fr. Zimmermann, Ring 31.

